



Gemeinde Obersiggenthal

Protokoll des Einwohnerrates

Amtsperiode	2010/2013
14. Sitzung	Donnerstag, 13. Dezember 2012 19.00 Uhr, Aula Oberstufenschulzentrum
Vorsitz	Bettina Lutz Güttler, Präsidentin
Protokoll	Romana Giandico-Hächler, Gemeindeschreiber-Stv.
Stimmenzähler	Marion Möllerke Brigitte Schmid
Anwesend	35 Mitglieder des Einwohnerrates 5 Mitglieder des Gemeinderates Anton Meier, Gemeindeschreiber
Traktandum 5	Luca Vedovato, Keller und Partner Elektroplanung Walter Baumann, Präsident Baukommission Peter Siegenthaler, Leiter Hochbau
Entschuldigt	Lisa Dikk Willi Graf Patrick Hehli Marcel Müller Petra Schärer
Ende der Sitzung	22.35 Uhr

Behandelte Geschäfte			Seite
1	2012/32	Formelles, Mitteilungen, Neueingänge, Protokoll	270
2	2012/35	Einbürgerungen	271
3	2012/33	Strategie familienergänzende Betreuung Vorschulkinder	273
4	2012/36	Gesamtkonzept Spiel- und Begegnungsanlagen; Kredit für die Sanierung der Anlagen Bachmatt und Grütt von CHF 420'000	278
5	2012/37	Oberstufenschulzentrum (OSOS); Ersatz der Gebäude-Steuerung (MSR); Kredit von CHF 800'000	283

6	2012/38	Breitenstrasse, Nussbaumen, Strassen- und Werkleitungssanierung; Projekt und Kredit von CHF 516'000	289
7	2012/39	Hallen- und Gartenbad Obersiggenthal; Abschluss Sanierungskonzept 1999 und Initiierung des neuen Sanierungskonzepts 2015	290
8		Kreditabrechnungen	294
	2011/22	- Erwerb Liegenschaft Kirchweg 70 (Goldiland)	
	2011/03	- Schiessanlage Ebne; Sanierung der bestehenden elektronischen Tref-feranzeige	
	2010/31	- Hallen- und Gartenbad; Projektierungskredit Sanierung 4. Etappe	
	2010/28	- Erweiterung Betriebsamt Siggenthal-Ennetbaden	
	2009/155	- Sanierung Nüechtalstrasse, Strasse, Wasser und Kanalisation	
	2011/14	- Behebung von Belagschäden an der Feldstrasse	
	2012/41	- Lärmsanierungsprojekt Landstrasse K114	
9	2012/34	Postulat Ueli Zulauf; Stellung des Gemeinderates zum Baldeggtunnel	295
10	2012/40	Umfrage	296

Bettina Lutz Güttler, Präsidentin: Ich begrüsse Sie herzlich zur heutigen Einwohnerratsitzung. Ebenfalls begrüssen möchte ich die Vertreter der Presse und die 4. Sekundarklasse von Herrn Stark.

Bevor ich die Sitzung offiziell eröffne, möchte ich gerne eine Schweigeminute einlegen. Am 16. November 2012 ist Hans Hitz, auch bekannt als Jonny Hitz, verstorben. Jonny Hitz war in den Jahren 1975 bis 1989 Einwohnerratsmitglied. Er war zusätzlich Präsident der Genossenschaft Hallen- und Gartenbad, Mitglied der Steuerkommission, Mitglied in der Kommission für Sozialplanung, Mitglied in der Kommission für die Revision des Dienst- und Besoldungsreglements und Präsident der Finanzkommission der Ortsbürger. Zusätzlich hat er geholfen, die Pfadi in Obersiggenthal aufzubauen und er hat dazu beigetragen, dass das ehemalige Schützengebäude heute der Jugend von Obersiggenthal als JUGS zur Verfügung steht. Er hat sich sehr für die Gemeinde eingesetzt.

Die Traktandenliste haben Sie zusammen mit den Unterlagen erhalten.

Für die heutige Sitzung haben sich folgende Personen entschuldigt: Lisa Dikk, Willi Graf, Patrick Hehli, Marcel Müller und Petra Schärer. Zwei Einwohnerräte sind noch auf dem Weg zur Sitzung.

Es sind somit zu Beginn der Sitzung 33 in Pflicht genommene Einwohnerräte und Einwohnerrätinnen anwesend. Das absolute Mehr beträgt 17.

1 2012.32 Formelles, Mitteilungen, Neueingänge, Protokoll

Bettina Lutz Güttler: Zum **Formellen:** Nach unbenutztem Ablauf der Referendumsfrist ist am 3. Dezember 2012 folgender, dem fakultativen Referendum unterstellter Beschluss des Einwohnerrates vom 25. Oktober 2012 in Rechtskraft erwachsen: Voranschlag 2013 mit einem Gemeindesteuerfuss von 98%.

Zu den **Mitteilungen:** **Bettina Lutz Güttler:** Ich habe im Geschäftsreglement des Einwohnerrates nachgelesen, dass Auszählungen von Stimmen unterbleiben können, wenn die Mehrheit offensichtlich ist und die Auszählung nicht verlangt wird. Künftig werde ich mich an diese Bestimmung halten. Insbesondere werden die Stimmenthaltungen nicht mehr ausgezählt.

Sie finden vor sich auf dem Pult die Sitzungstermine 2013. Ich bitte Sie, die Daten anzuschauen und am Ende der Sitzung Änderungswünsche mitzuteilen. Sie sehen, dass der Termin für die Teilzonenplanrevision noch offen ist. Der Grund dafür ist, dass die Gemeinde Obersiggenthal bei den Vorarbeiten vom Kanton abhängig ist. Erst wenn der Kanton das Okay gibt, kann der Termin bekanntgegeben werden.

Franziska Grab, Gemeinderätin: Die Sanierung des Kirchweg Ost ist nicht ganz planmässig verlaufen. Bei der Strasse musste der Perimeter erweitert werden, das heisst, bei der Projektausschreibung war der Schadenverlauf nicht so gross gewesen. Aus diesem Grund musste an der Strasse mehr saniert werden, als angenommen. Bei der Kanalisation wurde trotz sorgfältiger Planung festgestellt, dass die Gegebenheiten im Boden anders aussahen, als angenommen. Es musste ein Teil der neu verlegten Kanalisationsleitung wieder ausgebaut werden, die Höhe geändert und anschliessend wurde die Leitung wieder eingebaut. Beim Wasser ist es planmässig verlaufen. Dadurch kamen zehn Mehrarbeitstage zustande und durch den Wintereinbruch musste die Baustelle zwei Tage eingestellt werden. Die Tragschicht (roher Fahrbelag) sollte noch vor Weihnachten eingebaut werden. Im Frühling wird der definitive Deckbelag eingebaut.

Bettina Lutz Güttler: Zu den **Eingängen:** Es sind keine Neueingänge zu verzeichnen.

Zum **Protokoll**: Es sind keine Änderungsanträge zum Protokoll der Sitzung vom 30. August 2012 eingegangen. Das Protokoll der Sitzung vom 25. Oktober 2012 wurde rechtzeitig verschickt. Innert der Frist von zehn Tagen ist beim Büro ein Antrag auf Berichtigung des Protokolls eingegangen. Es betrifft dies die Seite 251, Absatz 7. Die verzinslichen Schulden steigen von jetzt CHF 17 Mio. auf rund CHF 34 Mio. Die Nettoschulden steigen von jetzt CHF 13 Mio. auf rund CHF 30 Mio.

Es sind jetzt 34 Einwohnerräte anwesend, das absolute Mehr beträgt 18.

2 2012.35 Einbürgerungen

Ursula Haag: Die SVP stellt einen Nichteintretensantrag zum Gesuch von Kimani Shawn Dauglas. Über den Schüler Kimani Shawn Dauglas sind widersprüchliche Aussagen im Umgang mit den Lehrpersonen zu verzeichnen. Im Antrag des Gemeinderates steht zwar, dass sich sein Verhalten gebessert hat, aber nach Rückfrage in der Schule konnte diese Verbesserung nicht bestätigt werden. Die SVP fordert die Einbürgerungskommission auf, das Einbürgerungsgesuch nochmals zu überprüfen und die Diskrepanz zwischen dem Bericht der Schule und den Ausführungen der Einbürgerungskommission nochmals zu überarbeiten.

Christa Ochsner: Der Nichteintretensantrag der SVP ist schwer nachvollziehbar. Die Schulberichte wurden rückwirkend auf die letzten drei Jahre eingeholt. Diese Berichte werden jeweils vom Klassenlehrer ausgefüllt. Die anderen Lehrer, die den Schüler ebenfalls unterrichten, werden darin nicht erwähnt. Die Einbürgerungskommission hat die Berichte angeschaut und konnte nur eine negative Antwort sehen. Im letzten Bericht hat der Lehrer diesen Negativpunkt angegeben, aber nicht dokumentiert. Es ist weder die Schulpflege noch die Schulleitung einbezogen worden. Aus diesem Grund hat die Einbürgerungskommission dies nicht so stark gewichtet. Beim Gespräch mit Herrn Kimani wurde er auf diesen Punkt angesprochen. Er hat der Einbürgerungskommission erklärt, dass dies ein zwischenmenschliches Problem war. Er sage halt seine Meinung. Er hat auch eine schwierige familiäre Situation. Dies ist in seinem Alter nicht einfach. Herr Kimani hat eingesehen, dass er ein wenig vorlaut war. An der CVP-Fraktionssitzung hat dann jemand erwähnt, dass die Tochter in die Parallelklasse gehe. Diese Tochter hat gesagt, von Shawn Dauglas Kimani hört man nichts. Er falle auch nicht negativ auf. Herr Kimani ist in der Schweiz aufgewachsen und kennt keine andere Kultur. Das Gespräch hat gezeigt, dass er integriert ist. Die Gesamtwürdigung ist massgebend und wegen einem "Tolgen" im Schulbericht sollte ein Gesuch nicht zurückgewiesen werden. Ich bitte Euch, der Einbürgerungskommission zu folgen und den Nichteintretensantrag abzulehnen.

Peter Stucki: Wieder einmal werden Aussagen gegen Einbürgerungswillige vorgebracht, die von einem Teil der Lehrerschaft ausgehen.

Laut Art. 320 Schweizerisches Strafgesetzbuch wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren bestraft wer Geheimnisse offenbart, die er in seiner dienstlichen Eigenschaft wahrgenommen hat. Die Verletzung vom Amtsgeheimnis ist auch nach Beendigung vom Dienstverhältnis strafbar.

Laut Regel Nr. 7 der Standesregeln des LCH (Dachverband Schweizer Lehrerinnen und Lehrer) sollen Lehrpersonen die geltenden Datenschutzvorschriften respektieren. Im Zweifelsfall geben sie Informationen, welche die Persönlichkeit, das Umfeld oder die Lernsituation von Lernenden betreffen, nur dann weiter, wenn diese zum Nutzen, nicht zum Schaden der Lernenden dienen.

Laut § 26 des Gesetzes über die Anstellung von Lehrpersonen im Kanton Aargau sind Lehrpersonen zur Verschwiegenheit verpflichtet über Angelegenheiten, die ihnen in amtlicher oder

dienstlicher Stellung anvertraut worden sind oder die sie in dieser Stellung wahrgenommen haben. Dies gilt auch nach Beendigung des Anstellungsverhältnisses.

Es ist völlig unakzeptabel, wenn ein Teil vom Einwohnerrat, zusammen mit einem Teil der Lehrerschaft so vehement gegen Gesetze, Anstand und gegen unsere guten Sitten verstossen.

Mit Sorge um das Gedeihen unserer Gemeinde, von unserem Land, hat dieses Verhalten nichts zu tun. Vielmehr muss man annehmen, dass es sich um Hass und Fremdenfeindlichkeit handelt, mit dem versucht wird, einzelne junge Menschen aus unserer Gesellschaft auszugrenzen.

Ich fordere die Schulpflege und die Schulleitung auf, die Lehrpersonen, die sich nicht an die geltenden Bestimmungen und Anstellungsbedingungen halten, zur Rechenschaft zu ziehen.

Und ich bitte Sie, lieber Gesamteinwohnerrat, dem Antrag der Einbürgerungskommission, welcher aufgrund von legalen und legitimierten Informationen aus der Schule Obersiggenthal zustande gekommen ist, zuzustimmen.

Ich bitte Sie, Herrn Shawn Douglas Kimani das Bürgerrecht zu verleihen.

Und ich bitte Sie, unsere Gemeinde davon zu bewahren, den Weg von Fairness, Respekt, Anstand und Demokratie zu verlassen und in den braunen Sumpf vom gelebten Rassismus gezogen zu werden.

Erich Schmid: Ich habe ganz grosse Mühe mit der Aussage von Peter Stucki. Wenn die Lehrer aufgefordert werden, eine Stellungnahme abzugeben und diese erzählen uns nur Gutes, dann benötige ich diese Stellungnahmen nicht. Ich möchte eine objektive Stellungnahme von den Lehrern und den Arbeitgebern, nicht nur eine, die zum Nutzen der Schüler ist. Ich habe auch Mühe mit dem Nichteintretensantrag der SVP. Für mich ist klar, dass über das Einbürgerungsgesuch abgestimmt werden kann. Als ich den Namen zu Hause erwähnt habe, hat meine Frau diesen nicht gekannt und dies ist ein gutes Zeichen. Auch meine Tochter konnte nichts Negatives über Shawn Douglas Kimani erzählen.

Abstimmung

Der Nichteintretensantrag der SVP zum Gesuch von Herrn Shawn Douglas Kimani wird mehrheitlich abgelehnt.

Bettina Lutz Güttler: Gibt es Fragen zu den einzelnen Einbürgerungen?

Ursula Haag: Die SVP-Fraktion stellt den Antrag auf geheime Abstimmung.

Bettina Lutz Güttler: Abstimmungen über Einbürgerungen werden grundsätzlich offen durchgeführt, sofern nicht mindestens ein Viertel der anwesenden Ratsmitglieder die geheime Abstimmung verlangt. Es sind 34 Ratsmitglieder anwesend. Für die geheime Abstimmung sind somit 9 Stimmen nötig.

Ich mache darauf aufmerksam, dass die Ablehnung eines Gesuchs begründet werden muss. Die Vorsitzende ermittelt in Globo die Stimmen für eine geheime Abstimmung. Es entscheiden sich 9 Ratsmitglieder für die geheime Stimmabgabe.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Aus Datenschutzgründen wurden aus diesem Dokument sämtliche personenrelevante Daten entfernt.

3 2012.33 Strategie Familienergänzende Betreuung Vorschulkinder

Eintreten wird nicht bestritten.

Therese Schneider, Gemeinderätin: Die Analyse zur aktuellen Situation, wenn es um Vorschulkindbetreuung geht, zeigt, dass sich die Grundlagen sehr gut bewähren, es sind dies der bisherige Gemeindevertrag und das Elternbeitragsreglement. Das aktuelle Angebot deckt die Nachfrage bei weitem nicht. Es bestehen zu wenig subventionierte Plätze, vor allem bei den Krippen, die nicht dem Krippenpool angeschlossen sind. Es entsteht so eine Ungleichbehandlung der Eltern, die von einer zur anderen Krippe massiv mehr zahlen müssen. Es besteht ein hoher Administrationsaufwand, nicht nur bei den Kitas selber, sondern auch bei den vier Gemeinderäten der Krippenpoolgemeinden. Die Gemeinderäte sind sehr operativ in den Vorständen der Kitas tätig. Tagesfamilien haben ein ganz anderes Subventionierungssystem, die einen haben Pro-Kopf-Beiträge, die anderen haben bereits Beitragsreglemente.

Was ist neu gegenüber der alten Strategie? Alle Krippen und Tagesfamilien können neu subventionierte Betreuungsverhältnisse anbieten. Neu bekommen auch Eltern Subventionen, welche ihre Kinder in Firmenkitas haben. Die Kontingentierung der subventionierten Betreuungstage wird aufgehoben. Es muss neu der Nachweis erbracht werden, dass man Familie und Beruf miteinander vereinbaren kann oder dass eine soziale Indikation besteht.

Die Grundsätze Tarifverordnung und Elternbeitragsreglement werden neu im Gemeindevertrag geregelt. Es wird neu nur noch ein Dokument geben für die Ermittlung des Elternbeitrags. Es gibt klare Kompetenzverschiebungen zu Handen des Gemeinderates, eine klare Trennung zwischen operativer und strategischer Ebene. Gleichzeitig gibt es noch eine Erweiterung der heutigen Geschäftsstelle im Aufgabengebiet. Was auch neu ist, es können sich weitere Gemeinden anschliessen.

Wie wird die Kostenentwicklung gesteuert? Es wird ein maximaler marktüblicher Tarif geben, der höchstens die Vollkosten der Kitas deckt. Jeder Gemeinderat steuert mit der Tarifordnung und die Legislative steuert mit dem Budget. Der Steuerungsausschuss, der im Gemeindevertrag beschrieben ist, wird Support und Controlling machen und Änderungen unter dem Jahr vornehmen. Es ist vorgesehen, dass ein Geschäftsbericht erscheint, der Transparenz schafft. In der Regel wird dieser im März/April erscheinen.

Was kommen für Herausforderungen auf uns zu? Krippen die bis jetzt nicht im Krippenpool vertreten waren, müssen integriert werden. Unter den Krippen wird mit einem grösseren Wettbewerb gerechnet. Ausserdem wird es sicher auch Auswirkungen auf die Vereinstätigkeit geben. Die Vorstände leisten zurzeit Freiwilligenarbeit. Die Entwicklung der Nachfrage kann momentan nur geschätzt werden. Was wird unternommen, wenn die Nachfrage grösser wird und wir dieser nicht mehr nachkommen können.

Für die Familie bedeutet es eindeutig mehr Wahlfreiheit. Es geht nicht darum die unterschiedlichen Betreuungsmodelle gegeneinander auszuspielen. Die Eltern sollen die Möglichkeit haben, selber zu entscheiden. Wie sollen sie Familie und Beruf unter einen Hut bringen.

Es entsteht ein bedarfsgerechtes Angebot. Die zukünftige Nachfrage wird gesichert. Die Eltern haben nach wie vor ein gutes Gefühl, wenn sie ihre Kinder in die Kita bringen. Sicher ein wichtiger Punkt ist die Integration von fremdländischen Kindern, sie lernen spielerisch Gebräuche der Schweiz kennen. Die Schule macht die Aussage, sie sei froh, habe die Gemein-

de Obersiggenthal familienergänzende Systeme, dadurch werden die Integration in der Schule viel einfacher.

Die Wirtschaft und der Staat profitieren. Es ist klar ein Standortvorteil für unsere Gemeinde die überaltert ist. Es gibt viele ältere Personen, die ins Gäsliacker ziehen und dadurch Wohnungen oder Liegenschaften frei werden. Diese werden durch Familien besetzt, sofern familienergänzende Kinderbetreuung in der Gemeinde angeboten wird.

Anhand von Folien zeigt Therese Schneider konkrete Beispiele betreffend Kosten/Nutzen für die Familie und den Staat.

Dies waren meine Ausführungen zur Strategie. Ich komme noch zum Antrag 3. Dort geht es darum, dass der Einwohnerrat den Gemeindevertrag genehmigen soll. Die Strategiekommision der Stadt Baden hat, nachdem alle Unterlagen verschickt waren, folgenden Antrag gestellt, welcher beim Einwohnerrat Baden bereits bewilligt wurde: Beim Gemeindevertrag soll unter Ziffer 4 der Titel ergänzt werden mit "Leitlinien für die Umsetzung". Weiter bilden die strategischen Leitlinien gemäss Anhang 1 für die Weiterentwicklung des Betreuungsangebotes für die Vorschulkinder einen integrierenden Bestandteil des Vertrages. Der Strategiekommision war es sehr wichtig, vor allem wenn neue Gemeinden beitreten möchten, dass diese verbindlich nach den gleichen Leitlinien handeln müssen. Das Inhaltsverzeichnis und der Anhang 1 muss angepasst werden durch diesen Antrag. Für den Gemeinderat Obersiggenthal ist diese Ergänzung sinnvoll und schlägt dem Einwohnerrat vor, den Gemeindevertrag zu genehmigen mit den Änderungen unter Ziffer 4.

Markus Renggli: Viele Mitglieder der CVP-Fraktion haben an der Informationsveranstaltung in Wettingen zu diesem zukunftsweisenden Strategiekonzept teilgenommen und konnten sich von den vielen Vorteilen des neuen, strukturierten Krippenpools überzeugen lassen. Die Vorlage ist seriös vorbereitet und dokumentiert. Es ergeben sich wesentliche Verbesserungen, sowohl für die Betreiber, welche durch die aufgestockte zentrale Geschäftsstelle entlastet werden, aber auch für die Kunden der Kitas und die Tagesfamilien. Stichwort Datenschutz bei den Einkommensverhältnissen, Aufhebungen der Kontingentierung, freie Krippenwahl und weitere Vorteile. Obwohl es zu einer Kompetenzverschiebung vom Einwohnerrat zum Gemeinderat kommt, überwiegt der Vorteil von den raschen und flexiblen Anpassungsmöglichkeiten. Der Gemeinderat kann schnell reagieren, damit auch bei wechselnder Nachfrage oder den Kosten das Schiff nicht aus dem Lot gerät. Die CVP-Fraktion hat fast einstimmig alle vier Anträge gutgeheissen. Es ist ein guter Schritt, um den Rückstand unserer Gemeinde im Bereich der familienergänzenden Betreuung von Vorschulkindern bis zur Realisierung vom Projekt Goldiland mindestens im organisatorischen Bereich ein wenig zu verringern.

Ursula Haag: Die Strategie im Betreuungsbereich und die entsprechenden Leitlinien findet die SVP-Fraktion sehr gut. Sie ist aber sehr komplex. Vor allem die zu erwartenden laufenden Kosten müssen in Zukunft genau überprüft werden. Wir schlagen somit vor, dass der Gemeinderat den Einwohnerrat jährlich informiert, wie hoch die Subventionen der Gemeinde sind. Die administrative Entlastung durch eine Geschäftsstelle begrüsst die SVP-Fraktion. Doch es kann nicht nachvollzogen werden, wieso die Rechnungsstellung an die Eltern nicht auch von dieser Stelle übernommen werden kann. Das Inkasso könnte durch die externe Stelle vorgenommen werden, damit die Kitas mit dem Inkasso nichts mehr zu tun haben. Wir fordern den Gemeinderat auf, diesen Aspekt bitte bei der zuständigen Stelle einzubringen. Das Ziel, innert sechs Monaten einen Betreuungsplatz zur Verfügung zu stellen und dass die subventionierten Plätze nicht mehr kontingentiert sind, findet die SVP-Fraktion sehr hochgesteckt. Wir sind gespannt, ob die Umsetzung genau so gut läuft, wie es in der Strategie präsentiert wird. Immer wieder stellen wir uns die gleiche Frage, wie verhalten sich die investierten Kosten im Zusammenhang mit den erwarteten Mehreinnahmen bei den Steuern. Kann uns der Gemeinderat zu einem späteren Zeitpunkt den Nachweis des "Return on Investment" erbringen? Auch möchten wir noch darauf hinweisen, dass mit diesen Kosten die heute Abend bewilligt werden, das Goldiland nicht einberechnet ist. Die SVP-Fraktion stimmt dieser Vorlage zähneknirschend zu.

Bettina Lutz Güttler, Präsidentin: Es sind nun 35 vereidigte Einwohnerräte anwesend. Das absolute Mehr beträgt 18.

Christoph Villiger: Für die FDP stellt die familienergänzende Betreuung für Vorschulkinder klar das Bedürfnis der heutigen Gesellschaft und der Arbeitswelt dar. Das Angebot trägt nach unserer Sicht eindeutig nach Verbesserung der Lebensqualität sowohl für die Kinder als auch für die Eltern. Es fördert die soziale Integration und reduziert gleichzeitig das Armutsrisiko, insbesondere für einkommensschwache Familien. Bereits über zehn Jahre arbeiten die vier Poolgemeinden in diesem Bereich erfolgreich zusammen. Das aktuelle Angebot an Kinderkrippenplätzen vermag die Nachfrage bei weitem nicht zu decken. Ich habe das am eigenen Leib erfahren. Wir haben deutlich über zwölf Monate warten müssen, bis ein Platz frei war. Die jetzt vorliegende gemeinsam entwickelnde Strategie dient als Leitplanke für die Gemeinden, für eine bedarfsgerechte Entwicklung der Betreuungsangeboten für Vorschulkinder. In der Strategie sind zwölf Leitlinien vorhanden mit entsprechenden Handlungsfeldern. Die Strategie ist ein qualitativ gutes und bedarfsgerechtes Instrument. Es sieht die Gleichbehandlung der Steuerpflichtigen vor, dies ist uns auch sehr wichtig. Ebenso stehen nach unserer Sicht herausfordernde Ziele im Raum, dass innert sechs Monaten ein Betreuungsplatz gefunden werden soll und dass die subventionierten Plätze in ausreichender Menge zur Verfügung stehen sollen. Die FDP-Fraktion ist überzeugt, dass durch ein bedarfsgerechtes Betreuungsangebot für Vorschulkinder die Standortqualität und Attraktivität der Gemeinde Obersiggenthal gesteigert werden kann. Aus diesen vorgenannten Gründen unterstützt die FDP-Fraktion einstimmig die vier Anträge.

Peter Frey: Die EVP-Fraktion Obersiggenthal hat den Eindruck, dass die Strategie sehr fundiert ausgearbeitet wurde und in unzähligen Arbeitsstunden zu dem wurde, was wir vor uns liegen haben. Die Zusammenarbeit unter den Poolgemeinden wird mit Leitlinien festgelegt. Die Kompetenzverschiebung an den Gemeinderat ermöglicht ein rasches Handeln. Soweit für uns sehr gut. Als Vertreter einer evangelischen Partei, erlauben Sie uns bitte, dass wir auch aussprechen, wo uns das Herz schmerzt. Wenn wir die Vorlage lesen, könnte man meinen, es gehe um eine marktwirtschaftliche Ausdehnung von Möglichkeiten und dass es nur dann gut ist, wenn möglichst beide Elternteile arbeiten können, damit die Lebensqualität gesteigert werden kann. Zudem, dass die Gemeinde damit einen Standortvorteil hat und Besserverdiener anziehen kann. Gibt es auch eine Wertschätzung für Familien, wo ein Elternteil bewusst zu Hause bleibt, die Kinder betreut und auf die Karriere verzichtet? Ich weiss, dass ist nicht Teil dieser Vorlage, dies müsste auf Bundesebene angegangen werden, aber ich habe dies noch ansprechen wollen. Ich weiss, es geht in dieser Vorlage um Kinder, welche sonst herumhängen würden. Die Tagesbetreuung wird auch von gut verdienenden Familien genutzt. Mir bleibt die Hoffnung, dass auch die herkömmliche Familienbetreuung in Zukunft wieder mehr Wertschätzung erfährt. Zusammengefasst zeigt sich für die EVP, dass 19 Krippenplätze in Obersiggenthal zu wenig sind und wir stimmen mit einem Kopfentscheid, weniger mit dem Herz, dieser Vorlage zu.

Marion Möllerke: Ich habe mir eine grosse Rede vorgestellt, dass ich mich für den Krippenpool einsetzen sollte und ich bin so glücklich, dass sich alle für diese Vorlage entschieden haben. Die Fraktion SP/Grünen ist für die gut ausgearbeitete Vorlage. Es ist das letzte Puzzleteil, welches noch fehlt bei den Tagesstrukturen.

Josef Sieber: Ich möchte nichts Grundsätzliches zu dieser Vorlage sagen, es wurde schon alles erwähnt. Ich finde, das Votum der EVP super. Mir hat es gefehlt, sowohl in der Vorlage als auch an der Informationsveranstaltung in Wettingen. Die Wertschätzung der Eltern, welche die Kinder selber betreuen, wird nicht erwähnt. Therese Schneider hat erwähnt, dass die Gemeinderäte mittels Tarifordnung die Kostenstruktur steuern. Dies wurde auch in Wettingen so erwähnt. Ich möchte dies nochmals hören, dass dies wirklich auch so ist. Wenn ich den Gemeindevertrag lese, dann kann man dies auch anders verstehen. Vielleicht müsste der Gemeindevertrag auch noch präzisiert werden. Mir würde es auch reichen, wenn es klar im Protokoll stehen würde. Im Gemeindevertrag steht, die Gemeinden steuern die Entwicklung der

Betreuungskosten mittels Tarifordnung. Dies kann auch verstehen werden, dass die Gemeinderäte miteinander eine Tarifordnung erstellen. Von mir aus müsste es heissen, jede Gemeinde steuert die Betreuungskosten mittels eigener Tarifordnung.

Therese Schneider, Gemeinderätin: Es ist einfach nicht so explizit geschrieben, wie du es gesagt hast. Es ist wirklich so, dass die Tarifordnungen von Gemeinde zu Gemeinde verschieden sein können, ohne dass der Gemeindevertrag dadurch verletzt wird. Wettingen hat bereits heute einen höheren Abschöpfungsgrad als die Gemeinde Obersiggenthal.

Josef Sieber: Kann dies noch präzisiert werden oder kommt es einfach ins Protokoll?

Therese Schneider, Gemeinderätin: Ich wäre froh, wenn dies im Protokoll vermerkt werden kann. Wenn der Gemeindevertrag angepasst werden muss, müssen alle Gemeinden diesen nochmals durch die Räte bringen.

Noch etwas zum Goldiland: Die Plätze im Goldiland sind in der Kostenschätzung enthalten, ab 2014. Es muss unterschieden werden zwischen den Vollkosten der Kita, die sind zusammengesetzt aus den Lohnkosten und aus den Raumkosten. Wenn das Goldiland entsteht, wird die Gemeinde gegenüber dem Betreiber dieser Kita einen marktüblichen Mietzins verlangen und dieser wird in der Vollkostenrechnung einberechnet.

Ursula Haag: Das andere, was ich erwähnt habe betreffend Rechnungsstellung, dort schaust du schon, dass dies angeschaut wird?

Therese Schneider, Gemeinderätin: Wir nehmen es mit, es wurde bereits mit der Geschäftsstelle besprochen. Die Geschäftsstelle müsste nachher das finanzielle Risiko tragen und das Inkasso vornehmen. Es gäbe dadurch wieder eine Erhöhung der Stellenprozente. Sie würde es ja nachher entsprechend für alle machen. Der Vertrag läuft zwischen der Kita und den Eltern, es würden dadurch Schnittstellen entstehen, welche eigentlich vermieden werden sollten. Es sollte eine Entflechtung geben und die Kitas sollten unternehmerisch geführt werden. Sie müssen auch das finanzielle Risiko tragen. Wenn wir jetzt wieder gehen und alles der Gemeinde übertragen, dann sind wir nicht viel weiter. Das sind noch Überlegungen, die wir diskutiert haben. Aber wir nehmen es sicher mit.

Ursula Haag: Die Kitas werden ja so administrativ entlastet.

Therese Schneider, Gemeinderätin: Ja, das könnte bedeuten, dass der Vollkostensatz dementsprechend reduziert werden kann.

Ursula Haag: Es ist ja wichtig, dass sie sich nicht noch mit administrativen Sachen beschäftigen müssen. Das Risiko von so einer Stelle könnte man ja gleich lösen wie bei der Ärztekasse, dass man den Kitas das Geld gibt und z. B. 1% abzieht. Dann wäre die Stelle zuständig, dass das Geld auch eingetrieben wird. Ich kann mir nicht vorstellen, dass eine Kita Lust hat auf Betreibungen usw. vorzunehmen.

Therese Schneider, Gemeinderätin: Das machen sie heute aber auch schon.

Ursula Haag: Das Kerngeschäft ist aber anders gedacht, als dem Geld nachzuspringen.

Bettina Lutz Güttler, Präsidentin: Darf ich die Diskussion wieder auf den Gegenstand der Anträge zurückführen. Vielleicht könnt ihr dies bilateral klären.

Über den Antrag 1 wird wie bereits erwähnt nicht abgestimmt, er ist zur Kenntnisnahme.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungen

Antrag 2

Antrag des Gemeinderates: Der Einwohnerrat genehmigt die Leitlinien der Strategie familienergänzende Betreuung Vorschulkinder ab 2014. Der Antrag wird einstimmig genehmigt.

Antrag 3

Antrag des Gemeinderates: Der Einwohnerrat genehmigt den Gemeindevertrag zwischen den Gemeinden Baden, Ennetbaden, Obersiggenthal und Wettingen zur Sicherstellung eines bedarfsgerechten familienergänzenden Betreuungsangebots für Kinder im Vorschulalter und gleichzeitig die eingefügten Änderungen unter Ziffer 4. Der Antrag wird einstimmig genehmigt.

Antrag 4

Antrag des Gemeinderates: Der Einwohnerrat genehmigt den Verpflichtungskredit von CHF 23'700 für die Vorbereitung der Umsetzung der Strategie im Jahre 2013. Der Antrag wird inkl. der Änderung Ziffer 4 des Gemeindevertrages, einstimmig genehmigt.

Die Genehmigung unterliegt dem fakultativen Referendum.

4 2012.36 Gesamtkonzept Spiel- und Begegnungsanlagen. Kredit für die Sanierung der Anlagen Bachmatt und Grütt von CHF 420'000

Eintreten wird nicht bestritten.

Max Läng, Gemeindeammann: Die Spiel- und Begegnungsplätze in unserer Gemeinde, da kann man sich überzeugen, wenn man einen Rundgang macht, sind in einem bescheidenen Zustand. Während der letzten Jahre wurden praktisch keine Investitionen, sondern nur der übliche Unterhalt vorgenommen. Sie konnten lesen, dass verschiedene Hinweise aus der Bevölkerung an den Gemeinderat gelangten, vor allem von Müttern mit Kindern, welche die Kinderspielplätze nutzen. Der Gemeinderat reagierte und setzte im Finanzplan einen Betrag ein. Es wurde eine Kommission eingesetzt. Diese hat die Spielplätze analysiert und es wurde eine Prioritätenliste erstellt. Es wurde sehr pragmatisch vorgegangen und vor allem kostengünstig. Es wurde aufgezeigt, welche Spielplätze sind uns in erster Priorität wichtig und welche können etwas später noch erneuert werden. Es wurden zwei Projekte detailliert mit Kostenvoranschlag ausgearbeitet, dies konnte in der Aktenaufgabe angeschaut werden. Bei den anderen Anlagen ist es eine Kostenschätzung, sodass es eine Grössenordnung gibt, was alle Spielplätze kosten würden.

Es wurde nur eine Kostenplanung gemacht, aber keine Submission. Eine Submission wird erst vorgenommen, wenn dieser Vorlage zugestimmt wird. Im Rahmen der Submission ist klar, dass die verschiedenen Arbeitsgattungen ausgeschrieben werden. Die Frage von Freiwilligenarbeit und Zivildienst wurde in der Arbeitsgruppe auch angeschaut. Wir sind der Auffassung, dies ist nicht unmöglich, aber es ist nicht ganz einfach. Ich kenne eine Gemeinde im Bezirk Baden, die finanziell sehr schwierig dran ist und die keine finanzielle Mittel hat, um einen Spielplatz zu erstellen. In diesem Fall haben sich Eltern zusammengeschlossen und haben einen Spielplatz erstellt. Es ist nicht einfach, so viele freiwillige Helfer zu finden für alle Spielplätze. Über die Notwendigkeit, dass etwas gemacht werden muss an den Spielplätzen, sind wir uns einig. Die Kosten sind hoch, das haben wir auch im Gemeinderat festgestellt. Selbstverständ-

lich kann man jedes Projekt reduzieren. Es muss aber klar sein, wenn man Reduktionen vornimmt, bekommt man nicht mehr das, was im Plan ausgewiesen ist. Irgendwo hat eine Kostenreduktion auch seine Grenzen, da das Konzept nicht mehr umgesetzt werden kann. Als Vergleich: Wir haben im Nuechtal im Zusammenhang mit der Sanierung des Kindergartens einen Spielplatz erstellt, dort entstanden Kosten von rund CHF 150'000. Ein Spielplatz, der sehr vergleichbar ist mit der Anlage im Bachmatt, ist der Kindergarten Untersiggenthal. Dort kostete der Umbau rund CHF 305'000. Die Kosten, die hier ausgewiesen sind, sind nicht falsch bzw. sind nicht so hoch, wie im ersten Moment gedacht werden kann. Trotzdem kann man darüber diskutieren, wo der Einwohnerrat die Grenze sieht. Es ist natürlich auch eine Signalwirkung. Es sind jetzt zwei Projekte, die anhand eines Kostenvoranschlages ausgearbeitet wurden. Wenn der Einwohnerrat diese massiv zusammenstreicht, hat dies auch Auswirkungen auf die anderen Spielplätze. Es ist eine Frage der Wertschätzung. Wie viel möchten wir für die Kinder aufwenden. Ich weiss die Vergleiche hinken, aber wenn wir vergleichen, was wir jedes Jahr für den Strassenbau aufwenden, dann ist so ein Betrag für einen Kinderspielplatz noch etwas anders einzustufen.

Alexander Mayor: In der CVP-Fraktion wurde ebenfalls über dieses Traktandum gesprochen. Ich möchte zuerst im Namen der CVP-Fraktion dem Gemeinderat und der Kommission danken, dass sie das Problem angegangen sind. Es ist eine klare Vorlage ausgearbeitet worden, wo die Prioritäten festgehalten sind und eine Kostenaufstellung vorhanden ist. Auch wir von der Fraktion sind der Meinung, dass das Bachmattareal ein bedeutender und wichtiger Platz ist für die Gemeinde, es ist ein Aushängeschild. Wir möchten unterstützen, dass dort ein Begegnungsort entstehen kann. Der Einbezug des Baches befürworten wir grundsätzlich, aber genau dort entstehen sehr hohe Kosten, wo wir uns fragen, ob dies so eine luxuriöse Variante werden muss. Wir möchten beim beantragten Kredit von CHF 420'000 für die beiden Projekte Bachmatt und Grütt eine Reduktion vornehmen. Obwohl es schwierig ist, möchten wir dem Gemeinderat mitgeben, dass freiwillige Helfer eingespannt werden sollten oder der Zivilschutz für diese Arbeiten in Anspruch genommen werden kann. Auch bei den kleineren Projekten ist die CVP-Fraktion der Meinung, dass versucht werden sollte, möglichst einfach zu sanieren und aufzuwerten, aber ohne unnötigen Luxus. Die CVP-Fraktion stellt zum Antrag 2 folgenden Änderungsantrag: Für die beiden Anlagen Bachmatt und Grütt wird ein Kostendach von maximal CHF 300'000 bewilligt.

Stefan Semela: Auch die FDP-Fraktion hat das Gesamtkonzept studiert. Grundsätzlich sind wir damit einverstanden, dass die Anlagen saniert werden. Die Realisierung vom Bachmatt finden wir sinnvoll, aber wir sind anhand der hohen Kosten erschrocken. Wir glauben, dass angesichts von weiteren Investitionen sparsam umgegangen werden sollte mit den Mitteln. Die Terraingestaltung im Bachmatt kostet schon über CHF 230'000. Wir sind der Meinung, dass da sicher gespart werden kann. Wie viel gespart werden kann, ist für uns schwierig einzuschätzen, aus diesem Grund stellen wir einen Rückweisungsantrag. Wir sind der Meinung, dass zuerst eine günstigere Variante ausgearbeitet und diese dem Einwohnerrat erneut vorgelegt werden soll. Max hat zwei Zahlen genannt, ich habe von einem Anbieter welche solche Spielplätze realisiert, gesehen, dass z. B. die Anlage in Gebenstorf CHF 210'000 und in Schneisigen CHF 100'000 gekostet hat, allerdings unter Einsatz des Bauamtes und Fronstunden. Insofern sind wir der Meinung, eine kostengünstigere Variante muss ausgearbeitet werden und stellen einen Rückweisungsantrag betreffend dem Antrag Ziffer 2 über den Kredit von CHF 420'000.

Brigitte Schmid: Die EVP-Fraktion hat über den Antrag ebenfalls diskutiert. Ich war auch in der Aktenaufgabe, damit ich sehen konnte, welche Spielgeräte vorgeschlagen werden. Ich bin sehr angenehm überrascht gewesen, wie gut das Konzept ist. Die Spielgeräte wurden sehr gut ausgewählt. Aber einen negativen Punkt gibt es auch für uns, wir finden die Kosten auch zu hoch. Für das Bachmatt CHF 370'000 ist zu hoch. Das Zitat von Peter Frey: "Die Gemeinde kann nicht einen Ferrari fahren, wenn sie nur einen Volkswagen vermag". Aus diesem Grund stellt die EVP-Fraktion den Antrag, dass ein Kostendach von CHF 320'000 bewilligt werden soll.

Denise Hunziker: Ich kann nur noch soviel einbringen. Wir in der Kommission streben absolut keine Luxusvariante an. Uns war es wichtig, dass wir auch die Natur und Gegebenheiten von den jeweiligen Örtlichkeiten einbeziehen können. Ich finde es trotzdem wichtig, den Vergleich mit dem Auto zu zeigen. Unsere Spiel- und Begegnungsplätze sind auf der Stufe eines "Döschwo". Mit dieser Aufwertung wird auch kein Ferrari erreicht, sondern vielleicht ein VW. Die Kinder in unserer Gemeinde, wie auch die Jugendlichen, die einen fixen Platz verdient haben, sind uns dies doch wert. Ich weiss, es ist nicht wenig Geld, aber ich glaube, das Geld ist am richtigen Ort investiert. Ich bitte die Kürzungsanträge abzulehnen und das Geld in der Höhe von CHF 420'000 zu bewilligen.

Reto Hehli: Über Spiel- und Begegnungsanlagen ist in der Vergangenheit bereits schon viel diskutiert worden im Einwohnerrat. Die SVP-Fraktion ist froh darüber, dass das Thema endlich aufgegriffen wird. In dieser Hinsicht muss klar etwas unternommen werden. Die Vorlage erweckt aber leider den Eindruck, dass es wieder einmal nicht genug kosten kann, obschon die Gemeinde in den kommenden Jahren auf heikle Zeiten zugeht. Die Planungskosten sind über 20%. Wurde das BFU zur Planung beigezogen? Die Beratungsstelle für Unfallverhütung unterstützt auch beim Planen und die sind nicht so teuer wie ein Landschaftsarchitekt. Wird bei der Realisierung berücksichtigt, dass evtl. Armee, Zivilschutz, Forst oder Bauamt einen Beitrag leisten können. Die Armee und der Zivilschutz sind immer wieder froh um solche Projekte. Die Forstverwaltung könnte beispielsweise einen Tisch herstellen. Ansässige Unternehmen könnten Spielgeräte sponsern. Die Jagdgesellschaft oder ein Quartierverein den Grill. Dies wäre eine optimale Gelegenheit sich in der Gemeinde bei der Bevölkerung zu präsentieren. Wer den Artikel in der Aargauer Zeitung vom 6. Dezember 2012 gelesen hat, hat bemerkt, dass es auch günstiger geht. In Lengnau ist ein Spielplatz für CHF 45'000 erstellt worden mit Hilfe des Forstes und des Bauamtes. In Untersiggenthal wurde 2011 auf dem Schulhausplatz ein neuer Spielplatz errichtet mit Gesamtkosten von CHF 160'000. Das Wohl der Obersiggenthaler Einwohner liegt der SVP am Herzen, in pädagogischer, aber auch in finanzieller Hinsicht. Die SVP-Fraktion stimmt mehrheitlich dem ersten Antrag des Gemeinderates zu und unterstützt den Antrag der FDP. Gleichzeitig stellen wir einen Eventualantrag, sofern der Rückweisungsantrag der FDP abgelehnt wird. Die SVP-Fraktion stellt den Eventualantrag mit einem Kostendach von CHF 200'000 anstelle von CHF 420'000.

Michael Weber: Ich möchte doch noch kurz etwas sagen zum Thema Armee, Zivilschutz, Forst, Baudienst. Die kosten auch etwas, es erscheint dann einfach in einem anderen Konto, aber gratis arbeiten sie auch nicht.

Josef Sieber: Ich möchte noch etwas sagen zum Rückweisungsantrag. Ich finde es schade, wenn wir das Geschäft wieder hinauszögern. Die CVP hat im Jahre 2006 einen Anlauf genommen für die Sanierung der Spielplätze. Ich habe so viel Vertrauen in die Kommission und in den Gemeinderat, dass mit dem Geld, das gesprochen wird, etwas Richtiges gemacht wird. Ich brauche nicht nochmals eine neue Vorlage. Es ist wichtig, dass jetzt ein Betrag fixiert wird. Es ist schade, wenn das Geschäft zurückgewiesen werden sollte.

Denise Hunziker: Ich finde es ist am falschen Ort gespart. Das mit der Freiwilligenarbeit weiss jeder selber, alle haben immer weniger Zeit. Es können nicht genügend Personen gefunden werden, die mithelfen. Ich finde, wenn Geld gespart werden soll, okay, wer vom Einwohnerrat hilft mit bei der Sanierung?

Peter Marten: Ein Rückweisungsantrag bietet die Chance, dass der Gemeinderat mit einer neuen Variante kommen kann, wo ersichtlich ist, was alles enthalten ist. Wenn ich komme und sage, es dürfe nur CHF 200'000 oder CHF 250'000 kosten, dann kaufe ich heute die Katze im Sack. Wenn die oberste Maxime ist, wir wollen Geld sparen, dann müsste man den Rückweisungsantrag unterstützen. Das zweite ist, ich muss auch sagen, als potentieller Mitbenutzer dieser Spielanlagen, es sieht momentan wirklich schlecht aus. Ich habe die Pläne auch angeschaut und bin nicht der Meinung, es ist die Luxusvariante enthalten. Aus meiner Sicht ist es wichtig, dass eine zweite, günstigere Variante aufgezeigt wird. Dann kann entschieden wer-

den, will man auf den günstigeren Töff umsteigen oder nicht. Ich bitte Sie, den Rückweisungsantrag zu unterstützen.

Linus Egger: Es kann ein Rückweisungsantrag gestellt werden, das ist richtig. Aber der Gemeinderat möchte ja wissen, was der Einwohnerrat will. Dann möchte ich von dieser Person, die den Rückweisungsantrag stellt, auch spüren, was will sie enthalten haben. Auch die Vergleiche mit Untersiggenthal oder Lengnau, da kann man keinen Spielplatz miteinander vergleichen. Wir möchten aber ja noch einen Bach einbeziehen. Diejenigen, die in der Aktenauflage waren, sehen in der Vorlage, dass in diesen CHF 370'000 ein Betrag von CHF 130'000 für die Spielgeräte ist. Ich habe nicht herausgespürt, dass dies zu teuer ist. Teuer wird es, wenn wir den Bach einbeziehen möchten. Wenn wir den Rückweisungsantrag annehmen, dann kommt der Gemeinderat und bringt etwas, das evtl. CHF 50'000 günstiger ist, ist es dann immer noch zu teuer oder nicht? Ich möchte, dass dies begründet wird und sonst habe ich Mühe den Antrag zurückzuweisen.

Eugen Frunz: Ich muss Herr Sieber recht geben, dass wir die Sache nicht auf die lange Bank schieben sollen. Aus diesem Grund möchte ich den Antrag der FDP ergänzen mit der Aussage, dass der Gemeinderat dem Einwohnerrat bis zur übernächsten Sitzung ein neues Projekt vorlegen muss.

Bettina Lutz Güttler, Präsidentin: Dieser Antrag ist formell und es ist von Dritten abhängig wie schnell eine neue Variante vorgelegt werden kann.

Anton Meier, Gemeindegemeinschafter: Es ist nicht möglich, einen Rückweisungsantrag mit einer Bedingung zu verbinden. Man kann auf ein Geschäft eintreten oder zurückgeben, aber es kann keine Bedingung gemacht werden.

Stefan Semela: Linus, du möchtest noch eine Zahl hören, die wir uns vorstellen. Die Kosten sollen nicht an erster Stelle stehen, sondern das Projekt mit einer günstigeren Variante. Es soll sicher bei der Terraingestaltung gespart werden. Die Spielgeräte sind unbestritten. Vorstellbar wäre, dass wir Grössenordnung im Bachmatt bei CHF 200'000 liegen würden.

Max Läng, Gemeindeammann: Wenn wir Zeit sparen möchten und der Einwohnerrat dem Gemeinderat das Vertrauen geben möchte, dann ist das Vorgehen mit CHF 300'000 der schnellste und vor allem auch günstigste Weg. Wenn wir wieder neu projektieren müssen, dies anschliessend wieder an den Einwohnerrat geht und dieser dann evtl. wieder nicht einverstanden ist, kommt es nicht günstiger.

Noch etwas betreffend den Baudienst, dies ist schön gesagt, aber unser Baudienst hat keine Zeit für diese Arbeit. Auch der Forst hat keine freien Kapazitäten für ein solches Projekt. Ich unterstütze Denise Hunziker, alle zusammen sind herzlich eingeladen, bei den Arbeiten an den Spielplätzen oder bei der Sponsorsuche mitzuhelfen. Realistisch gesagt, grosse Kosteneinsparungen können nicht erzielt werden dadurch.

Die Kosteneinsparung von CHF 120'000 ist sehr viel. Der Kostenvoranschlag weist Kosten alleine für die Mehrwertsteuer von CHF 30'000 auf. Die Spielgeräte können so belassen bleiben, die sind aktuell mit CHF 140'000 eingesetzt. Wenn dem Betrag von CHF 300'000 zugestimmt wird, dann ist dies massiv weniger und das vorgelegte Projekt kann so nicht realisiert werden. Der Gemeinderat hat darüber diskutiert, es ist schwierig aber nicht unmöglich.

Noch eine Frage an Reto Hehli zu den Honoraren. Es ist bei jeder Einwohnerratssitzung das Honorar ein Thema. Anschliessend kommt noch das Thema Tiefbau, was ist dort wohl der Ansatz für einen Planer? Wir möchten für die Gemeinde gute Planer und daher müssen wir fair sein und ihnen ein Honorar zahlen, welches gerechtfertigt ist. Ich bitte Sie, die Honorare nicht bei jeder Einwohnerratssitzung zu thematisieren. Es sind CHF 130 pro Stunde und dies ist nicht überrissen.

Felix Frischknecht: Ich bin gleicher Meinung wie du Max, aber wenn man gesehen hat, dass sehr vieles auf Annahmen und Schätzungen beruht und dies ist auch noch ein Punkt, der kritisiert wird. Die Kostengenauigkeit ist +/- 25%, das ist sehr viel.

Max Läng, Gemeindeammann: +/- 10%.

Felix Frischknecht: Das habe ich gehört, sobald ein Kostenvoranschlag vorhanden ist. Dann sollten die anderen Zahlen auch bekannt sein von den Geräten.

Max Läng, Gemeindeammann: Es gibt eine Verwirrung. Wir haben einen Kostenvoranschlag und dort ist es üblich, dass dieser auf Erfahrungszahlen berechnet wird. Es ist möglich, dass bei ganz schwierigen Arbeitsgattungen vorgängig eine Submission durchgeführt wird. Die Kostenrechnung ist auf +/- 10% ausgelegt, anschliessend wird eine Submission gemacht und dann wird geschaut, was es effektiv kostet. Dies ist das normale Verfahren bei einem Bauprojekt.

Felix Frischknecht: Das Bewilligungsverfahren macht auch einen grossen Bestandteil aus bei den Kosten. Kann dies umgangen werden oder kann dies abgekürzt werden um die Kosten zu senken.

Max Läng, Gemeindeammann: Es ist missverständlich, wie dies aufgeführt ist. Die Kosten für das Bewilligungsverfahren beim Bachmatt betragen rund CHF 2'500. Die Gemeinde kann sich nicht selber zum Nulltarif die Baubewilligung erteilen.

Erich Schmid: Ich möchte noch die Ausführungen von Max Läng bezüglich Honorar und Kostenschätzung bestätigen, diese sind in der SIA-Norm enthalten. Beim Bewilligungsverfahren ist der Bauingenieur mit 6% enthalten. Wir haben momentan einen Basar mit Anträgen. Ablehnen, das ist der Nulltarif. Wir haben einen Antrag der SVP mit rund CHF 200'000. Der Antrag der EVP mit CHF 320'000 und der Antrag der CVP mit CHF 300'000. Die Aussage von Stefan Semela war CHF 200'000 bis CHF 230'000 für Bachmatt und CHF 50'000 für Grütt, ergibt CHF 280'000. Ich würde vorschlagen, den Dumpingpreis der SVP abzulehnen. Aber die anderen Anträge von CHF 280'000 bis CHF 320'000 würden auf einen Durchschnittswert von CHF 300'000 kommen. Somit müsste der Antrag der CVP angenommen werden. Damit wir nicht hundert Abstimmungen benötigen, würde ich vorschlagen, den Rückweisungsantrag abzulehnen und dem Antrag der CVP zuzustimmen.

Bettina Lutz Güttler, Präsidentin: Der Antrag 1 ist eine Kenntnisnahme und aus diesem Grund wird nicht darüber abgestimmt. Zuerst wird über den Rückweisungsantrag abgestimmt, sollte diese Rückweisung nicht zustande kommen, folgen die Abstimmungen zum Antrag 2. Zuerst werde ich den Antrag der SVP dem Antrag der EVP gegenüberstellen. Anschliessend der obsiegende Antrag dem Antrag der CVP und wieder der obsiegende Antrag dem Antrag des Gemeinderates. Am Schluss würde die Schlussabstimmung stattfinden.

—
Keine weiteren Wortmeldungen.
—

Abstimmungen

Antrag der FDP: Es sei die Vorlage zurückzuweisen. Der Rückweisungsantrag wird mit 12 Ja zu 22 Neinstimmen abgelehnt.

Antrag 1 des Gemeinderates wurde offensichtlich zur Kenntnis genommen.

Antrag 2

Antrag der SVP: Kostendach von CHF 200'000 anstelle von CHF 420'000.

wird dem

Antrag der EVP: Wir stellen den Antrag anstelle der vorgeschlagenen CHF 370'000 für den Spielplatz Bachmatt ein Kostendach von CHF 270'000 zu erstellen plus CHF 50'000 für den Spielplatz Grütt, insgesamt CHF 320'000.

gegenübergestellt.

Der Antrag der EVP wird mehrheitlich angenommen.

Antrag der EVP: Wir stellen den Antrag anstelle der vorgeschlagenen CHF 370'000 für den Spielplatz Bachmatt, ein Kostendach von CHF 270'000 zu erstellen plus CHF 50'000 für den Spielplatz Grütt, insgesamt CHF 320'000.

wird dem

Antrag der CVP: Für die Anlagen Bachmatt und Grütt werden als Kostendach maximal CHF 300'000 bewilligt.

gegenübergestellt.

Der Antrag der CVP wird mehrheitlich angenommen.

Antrag der CVP: Für die Anlagen Bachmatt und Grütt werden als Kostendach maximal CHF 300'000 bewilligt.

wird dem

Antrag des Gemeinderates: Für die Anlagen Bachmatt und Grütt werden CHF 420'000 bewilligt.

gegenübergestellt.

Der Antrag der CVP wird mehrheitlich angenommen.

Schlussabstimmung

Antrag der CVP: Für die Anlagen Bachmatt und Grütt werden als Kostendach maximal CHF 300'000 bewilligt.

Der Antrag der CVP wird mehrheitlich angenommen.

Die Genehmigung unterliegt dem fakultativen Referendum.

5 2012.37 Oberstufenschulzentrum (OSOS); Ersatz der Gebäude-Steuerungsanlage (MSR); Kredit von CHF 800'000

Eintreten wird nicht bestritten.

Bettina Lutz Güttler, Präsidentin: Bei diesem Traktandum nehmen Herr Luca Vedovato, Keller und Partner Elektroplanung, und Herr Walter Baumann, Präsident der Baukommission als Experten Einsitz.

Hansruedi Hess, Vizeammann: Das OSOS wurde in einer Phase entwickelt, als es einen grossen Wachstum gab in Obersiggenthal. Ende der 60er-Jahre wurde es geplant, anfangs der 70er-Jahre wurde es gebaut. Das Konzept und der Bau an sich bewähren sich immer noch. Durch die Euphorie Ende der 60er-Jahre musste der Bau unter massivem Spardruck realisiert werden. Dies hat sich auf die Qualität der Bauten ausgewirkt. In dieser Zeit, das war noch vor der Erdölkrise, hat man von Isolation höchstens gesprochen, aber sie nicht gebraucht. Der Heizölpreis war so tief, dass es günstiger war, zu heizen, als die teuren Isolationen anzubringen. Die Bauausführung beim Erstellen des OSOS ist durch den massiven Spardruck wirklich mangelhaft. Garantiarbeiten konnten nur zu einem kleinen Teil durchgesetzt werden. Nach jahrelangen Streitigkeiten mit dem Generalunternehmer, welcher das Gebäude gebaut hat, musste ein Vergleich eingegangen werden, weil die Firma Konkurs gegangen ist. So ist eigentlich nur noch eine grosse Sanierung übriggeblieben, um die Anlage in Schuss zu halten. Die grosse Sanierung fand Anfang der 90er-Jahre statt. Dort musste das Dach saniert werden und die Isolation der Aussenhülle wurde vorgenommen.

Anhand von Folien zeigt Hansruedi Hess Zahlen der Energiebuchhaltung. Darin wird aufgezeigt, wie hoch der Energieverbrauch pro m² ist.

In der Vorlage zu diesem Geschäft wird ausführlich erklärt, wieso das MSR-System ersetzt werden muss. Als der Planungskredit beantragt wurde, hat der Heizungsplaner Kosten von CHF 380'000 bis CHF 480'000 geschätzt. Bei der Detailplanung zusammen mit dem Elektroingenieur wurde festgestellt, dass noch einiges marode ist an der Elektroinstallation. Es können nicht nur die Schaltschränke ausgewechselt werden, die für die Steuerungsanlage gebraucht werden. Es muss noch einiges mehr gemacht werden, auch an den Installationen. Dies ist ein Grund, dass wir wesentlich teurer sind als bei der Schätzung. Ein weiterer Grund ist die Feststellung, dass die Kippfenster, welche hydraulisch geöffnet und geschlossen werden können, aber auch die Storen, welche zentral gesteuert werden können, erneuert werden müssen. Es bestehen heute drei Leitungssysteme für diese drei Aufgaben (Heizung, Fenster und Storen). Diese können nicht weiterverwendet werden, es muss eine Erneuerung geben. Heute geht es um den Kredit von CHF 800'000, davon sind CHF 110'000 der Fenster- und Storensteuerung zuzumessen und CHF 250'000 sind Elektroinstallationskosten, welche notwendig sind. Diese Beträge stammen von konkreten Offerten, die eingereicht wurden. Es müsste nur noch der Vertrag unterschrieben werden. Es sind lediglich noch CHF 20'000 Elektrikerkosten vorgesehen, die noch nicht offeriert sind. Bei den Diskussionen in den Fraktionen habe ich mitbekommen, dass die Systeme, welche ausgewählt wurden in Frage gestellt werden. Das SPS-System wurde immer wieder erwähnt, gewählt wurde das DDC-System. Ich als Laie habe mir nochmals erklären lassen, was die Differenz ist. Das SPS-System ist praktisch ohne Programme und es müsste dort alles einprogrammiert werden. Das DDC-System verfügt über ganze Programmblöcke, die eingebaut werden, dadurch benötigt es wenige spezifische Programmierungen. Es ist schlussendlich günstiger, weil für das SPS-System müsste für die Einprogrammierung ein Programmierer angestellt werden. Ich hoffe, dass ich damit einigermaßen die Grundlage geben konnte, dass Sie weiter darüber diskutieren können. Ich bin gespannt auf weitere Fragen und Voten.

Michael Weber: Die CVP-Fraktion hat das Geschäft besprochen und ist ab der Summe erschrocken. Wir sind aber aufgrund der Zusammenstellung zum Schluss gekommen, dass wir dem Geschäft einstimmig zustimmen werden. Als der Einwohnerrat den Planungskredit gesprochen hat, sind wir von Maximum CHF 480'000 ausgegangen. Jetzt sprechen wir von Kosten in der Höhe von CHF 800'000. Die Grundlagen waren zu diesem Zeitpunkt etwas anders, aus diesem Grund haben sich die Kosten auch anders entwickelt. Eine persönliche Anmerkung von mir, eigentlich hat man es gewusst, dass die Elektroinstallationen in diesem Zusammenhang nicht mehr gut sind. Man dachte einfach, es wird nachher angeschaut und dann korrigiert man den Preis noch. Der Gemeinderat wird selber erschrocken sein, wie viel dies ist.

Warum muss das Ganze ersetzt werden. Es ist klar, die Steuerung ist alt, es gibt keine Ersatzteile mehr und jetzt wird von Hand gesteuert. Die Energieoptimierung ist klar, wenn wir davon ausgehen können, dass bei einem Grad, das weniger geheizt werden muss, 6% Energie eingespart werden kann. Die Unterverteilungen müssen ersetzt werden, was auch klar ist, das Geld geben wir aus, die Frage ist wann. Mir ist sauer aufgestossen, dass auch im Annex schon wieder so viel Geld in die Finger genommen werden muss. Der Annex ist noch nicht so alt und das Leitsystem kennt man auch nicht erst seit gestern. Seid so gut und baut kein Spielzeug ein. Es ist immer reizend, wenn man auf einem Computer anschauen kann, was alles geht und was nicht geht. Man rennt einfach mehr hin und her, weil die Ursache klar ist und die ist bei der Steuerung zu suchen. Warum das DDC gewählt wird und nicht das SPS ist auch klar, das SPS ist ein zentrales System. Klar ist, dass die Fenster in dieses System integriert werden müssen und Sinn macht es auch, die Storen zu integrieren. Es wird in einem weiteren Ausbauschnitt noch über die Beleuchtung abgestimmt und dort gibt es auch wieder gewisse Schnittstellen, welche bereits voraus geplant werden müssen, dass dieses System auch funktioniert. Die CVP-Fraktion stimmt diesem Geschäft zu.

Felix Frischknecht: Die SP/Grünen-Fraktion hat dieses Geschäft ausführlich besprochen und wir sind nicht ganz zufrieden mit der Vorstellung des Geschäfts. Einige Punkte, wie das Visualisierungskonzept oder das Bedienungskonzept und die Lizenzen, sind nicht befriedigend. Allein für die Programmierung sind zehn Wochen eingeplant und gleichzeitig hat der MSR-Ingenieur ein Honorar von CHF 35'000 zugut. Ich kenne aus der Industrie, dass drei Offerten eingeholt werden müssen. Das hat man hier versucht, hat aber nur eine Offerte erhalten. Ich finde es lustig, wir sagen immer, wir wollen sparen, aber da geben wir jetzt freie Hand. Bei so einem Geschäft wo es um CHF 800'000 geht, sind wir unseren Stimmbürgern schuldig, dass es drei Vergleichsofferten gibt. Wir stellen den Antrag, dass dieses Geschäft zurückgewiesen wird. Wir sprechen nur von Steuerung gleich EIN / AUS, das macht die Steuerung, das andere ist das Regeln. Dies ist das Ziel, dass herausgefahren wird und die Signale hereinholen, wo man eine Zentralsteuerung hat. Der Kostenpunkt ist, dass man nicht mit viel Kupfer fahren muss. Es muss versucht werden, mindestens drei vernünftige Offerten einzuholen.

Dieter Martin: Die FDP-Fraktion hat dieses Thema ebenfalls eingehend diskutiert und kommt zu folgenden Schlüssen. Dass die Einwohnerräte anlässlich einer separaten Sitzung informiert wurden über das Geschäft, ist unbestritten eine gute Sache und wird dem Gemeinderat verdankt. Dass die Gebäudesteuerung im OSOS nach 40 Jahren ersetzt werden muss, verwundert eigentlich niemanden und ist unbestritten. Dass die Technologieentwicklung seit dann grosse Schritte gemacht hat, ist ebenfalls unbestritten. Dass die Arbeitsgruppe die richtige Technologie ausgewählt hat, ist auch unbestritten. Dass die Anlage mit der geplanten Beleuchtung kompatibel sein wird, macht Sinn und ist ebenfalls unbestritten. Dass die Anlage sehr teuer ist, ist ebenfalls unbestritten. Dass die Anlage nicht weitere 40 Jahre halten wird, ist auch unbestritten. Dass die neue Anlage mit der Bedieneroberfläche ähnlich wie unsere Smartphones gesteuert werden kann und damit von der Haustechnik zentral gesteuert werden kann, bietet sehr grossen Komfort und ist unbestritten. Dass der Betrieb der neuen Anlage viel höhere Ansprüche ans Bedienungspersonal stellen wird als bisher, ist auch unbestritten. Dass der Support und die Wartung dieser Anlage in Bezug auf die Lieferantenabhängigkeit ein unvergleichlich hoher Stellenwert mit entsprechend höheren Kostenvolumen haben wird, ist ebenfalls unbestritten. Besonders wenn wir uns bewusst werden, wie viele neue Softwares bei der Bedienungsoberfläche bei den Smartphones auf den Markt kommen. Auf den Markt kommen werden auch wir, da wir um gelegentliche Softwareanpassungen nicht herumkommen werden. Da wir aber das Rad der Zeit nicht zurückdrehen können und eine einfache Lösung keinen Sinn macht, weil dann die ganzen elektronischen Möglichkeiten von der heutigen Technologie nicht genutzt werden könnten, ist aus unserer Sicht auch unbestritten. Dass die FDP-Fraktion nach diesen Überlegungen den vorliegenden Antrag grossmehrheitlich unterstützt, ist für Sie, werte Kolleginnen und Kollegen, wahrscheinlich auch unbestritten.

Eugen Frunz: Die zurzeit im Einsatz stehende Anlage im OSOS ist eindeutig in die Jahre gekommen, läuft doch diese sogar noch mit dem Betriebssystem MS-DOS 3.3. Dass diese Software nicht mehr unterstützt wird, ist allen bekannt. Daher ist es nötig, die Modernisierung der

Steuerungsanlage im OSOS umzusetzen. Möglichkeiten, weitere Gebäude mit dieser Steuerung zu verbinden, ist bei der SVP-Fraktion sehr positiv aufgenommen worden. So könnte in Zukunft ein Goldiland in die Steuerung integriert und somit Synergien genutzt werden. Vorausgesetzt, dass der Wille auch vorhanden ist, wird die bestehenden Synergiepunkte auch auszuschöpfen. Dass die Anlage aber doppelt so viel kosten soll, wie zunächst angenommen, ist für uns mehr als störend. Es ist nicht das erste Mal, dass nach einem bewilligten Planungskredit, Projektanpassungen im grösseren Aufwand vorgenommen werden. In Zukunft bitten wir darum, entweder die Vorgaben im Planungskredit genau zu definieren oder aber keine nachträglichen Luxusvarianten einzubauen. Auch die im Antrag aufgeführte Abschreibung über 25 Jahre erachten wir als lange. Eine realistische Dauer wäre für uns 15 Jahre. Die SVP-Fraktion wird trotz der erwähnten Mehrkosten den Antrag des Gemeinderates unterstützen, damit das OSOS für die Zukunft gerüstet ist. Wir investieren hier in die Ökologie, die unter anderem wegen der unzureichenden Sorgfaltspflicht der Benutzer mit teurerer Technik verbessert werden muss. Es wurde gesagt, dass die Fenster ebenfalls angehängt werden, wie dies mit den oberen Kippfenstern geht, leuchtet mir noch ein. Aber so wie ich weiss, hat das Schulhaus auch noch Hubfenster, werden diese auch angehängt, oder können diese weiterhin über die Nacht offen bleiben?

Luca Vedovato: Gesteuert werden nur die Kippfenster, welche jetzt schon elektrisch sind.

Frunz Eugen: Dann können die anderen Fenster weiterhin offen bleiben?

Luca Vedovato: Rein theoretisch ja, aber wir können besser Nachtauskühlungen machen.

Hansruedi Hess, Vizeammann: Es hat Temperaturfühler in den Zimmern und diese merken, dass es kalt ist und dann wird ein Alarm ausgelöst. Der Hauswart oder der Lehrer wird via SMS aufgeboten, das Fenster zu schliessen.

Der Vorwurf, dass saniert werden muss, weil Benutzer unsorgfältig umgehen trifft für diesen Sanierungsteil überhaupt nicht zu. Die Benutzer konnten hier nichts kaputt machen. Der eine Teil ist die normale Alterung der elektronischen Komponenten und der andere Teil hat Michael Weber richtig gesagt, man hätte es wissen müssen. Diese sind aus den Jahren, wo schlecht gebaut wurde, diese müssen ausgewechselt werden.

Die neuen Kosten beim Annex im Heizungsbereich sind nur kleine Posten. Beim Feldgerät sind es CHF 2'000 und beim Schaltschrank sind es CHF 1'900. Ein grösserer Betrag von CHF 24'500 ist enthalten für die Integration der Storen im Annex.

Grundsätzlich lässt die Submissionsverordnung absolut zu, gemäss §8 lit. G, nur eine Offerte einzuholen. Weiter lässt sie zu, nur eine Offerte einzuholen, wenn der Aufwand zu gross wäre, eine andere Firma mit anderen Komponenten rechnen zu lassen. Es wurden 13 Anbieter angeschaut, daraus wurden fünf angeschrieben inkl. der Unterlagen. Es wurde von Anfang an bemerkt, dass die Firma Siemens, die schon vollständig im Annex gearbeitet hat, grosse Vorteile hat. Die Firma Beckhoff hat ebenfalls eine Eingabe gemacht, da hat sich aber gleich herausgestellt, dass dies nicht möglich ist, weil die ein zentrales System offeriert haben. Auf Rückfrage hat die Firma die Offerte zurückgezogen, da es sich nicht lohnt, weiter zu rechnen. An den Betrag von Siemens würden sie nicht kommen, sie wären rund CHF 100'000 teurer. Siemens hat zu dem Betrag von CHF 350'000 eingegeben, den man geschätzt hat. Es sind noch zwei Anbieter die zurückgeschrieben haben, sie können nicht mitmachen, da die Kapazität fehlt.

Es wird beim System nicht nur gemessen und EIN / AUS befohlen, es wird gesteuert und geregelt. Es ist also komplizierter als nur EIN / AUS.

Ich bin froh, dass die Vorlage soweit Aufnahme findet und hoffe auch eine Mehrheit zu erhalten.

Luca Vedovato: Beim Annexbau ist es so, dass bei den Storen ein anderes System eingebaut ist. Es wurde entschieden, dass dieses System auch gleich angepasst werden sollte. Die Steuerung ist bereits auf dem neusten Stand von Siemens.

Ueli Zulauf: Ich möchte noch eine Präzisierung anbringen zu unserem Fraktionsvotum. Uns geht es wirklich darum, den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern klar zu machen, dass alles versucht wurde, um mindestens zwei Offerten zu bekommen. Es ist wirklich sehr unschön, dass nur eine Offerte vorliegt für so einen grossen Betrag. Es wundert mich schon, dass jetzt hier einfach so ohne grossen Widerstand dieser Betrag durchgewunken wird. Bei den Spielplätzen argumentierte man sehr kostenbewusst. Wahrscheinlich hat es auch mit der Komplexität der Vorlage zu tun. Je komplexer eine Vorlage ist, umso unkritischer ist man und gibt umso mehr Geld aus. Wenn etwas weniger komplex ist, schaut man sehr genau hin und fühlt sich sehr berufen, Kürzungen zu sprechen. Es geht um eine gewisse Symbolik, man hat nichts unversucht gelassen, eine Konkurrenzofferte zu bekommen. Ich plädiere aus diesem Grund für unsere Fraktionsmeinung.

Es ist noch eine andere Vorlage in der Pipeline, dort geht es um die Beleuchtung. Wieso konnte dies nicht in eine Vorlage zusammengefasst werden? Wäre es dann so komplex geworden, dass gar keine Diskussion mehr stattgefunden hätte?

Hansruedi Hess, Vizeammann: Zu den Offerten habe ich mich bereits geäussert. In der Kommission wurde gerungen mit dieser Situation. Die Firmen sind durch den Bauboom ausgelastet. Fast alle Firmen die angeschaut wurden, sind internationale Firmen. Die Kommission ist eindeutig zum Schluss gekommen, was bringt es, wenn uns eine Firma aus Polen eine Offerte einreicht, diese anschliessend gewählt werden muss und dann nicht zusammengearbeitet werden kann? Wir haben böse Erfahrungen gemacht in der Sporthalle, wo man den Günstigsten genommen hat. Bei der Offertenstellung ist man zwar die günstigste Firma, beim Unterhalt und den Reparaturen ist man auf die Firma angewiesen und dann wurden hohe Preise verlangt. Wenn die Heizung nicht mehr funktioniert, dann muss sofort jemand kommen, es möchte ja niemand frieren. Bei Siemens macht man in dieser Hinsicht andere Erfahrungen.

Luca Vedovato: Es ist ja nicht der ganze Betrag der Siemens offeriert hat. Siemens hat für einen Betrag von CHF 350'000 offeriert. Es sind noch CHF 350'000 die die Elektrik betreffen, dort wurden fünf Offerten eingeholt.

Hansruedi Hess, Vizeammann: Zu der Gleichzeitigkeit der beiden Vorlagen Heizung und Beleuchtung. Wir haben von Anfang an gewusst, die Heizung muss gemacht werden und haben diese seit Beginn eigenständig behandelt. Während der Planung wurde aber festgestellt, dass es Zusammenhänge gibt. Es können Synergien genutzt werden, wenn Komponenten genommen werden, welche von beiden Systemen angewendet werden können. Mit der Vorlage für die Beleuchtung ist man auch noch nicht so weit, dass man sie hätte zusammenlegen können. Wir wissen auch, dass die Elektrounternehmen nicht alles in einem Jahr machen können. Vom Volumen her müsste ein ganzes Heer von Elektrikern beschäftigt werden, wenn dies innerhalb von einem Jahr gemacht werden muss. Aus finanziellen Überlegungen gewinnen wir wieder ein Jahr, da das Geld später ausgegeben wird.

Christian Bossard: Auf diese paar tausend Franken, die man so später ausgeben wird, würde es auch nicht mehr ankommen. Ich bin evtl. ein bisschen ein Querschläger in meiner Fraktion. Für die CHF 350'000, die man Siemens geben würde, müsste eine öffentliche Ausschreibung gemacht werden. Das gleiche gilt bei den Elektrikern. Was mich aber am meisten stört bei dieser Geschichte, ist, dass die Vorlage relativ bescheiden ist, ich aber ein komplexes Devi habe. Es wird ganz viel Geld bei der Planung dieser Offertstellung investiert, ich bin davon ausgegangen, dass dort eine Submission durchgeführt wurde, die öffentlich verteilt wird. Ich könnte meinen Wählern nicht erklären, wieso wir bei diesem Punkt, wo es um so viel Geld geht, keine öffentliche Submission durchgeführt haben. Ich bin nicht glücklich über diese Vorlage.

Walter Baumann: Es wurde in der Kommission bestimmt, die Planer auszuwählen, die seit Jahren das Haus kennen und dadurch die beste Lösung präsentieren können. Es sind einige Räume in diesem Haus und in der Aktenaufgabe war das dicke Buch vorhanden. Vielleicht hätte man noch einige Ordner dazustellen sollen, dass man sich stärker damit hätte befassen können.

Christian Bossard: Wieso keine öffentliche Submission? Diese Frage wurde noch nicht beantwortet.

Hansruedi Hess, Vizeammann: Der Betrag den du nennst ist für Baunebengewerbe und es hat Beträge in dieser Offerte, die Bauhauptgewerbe betreffen (Elektroinstallation), die zwar Siemens vergeben hat, aber diese sind enthalten. Rein von den möglichen Anbietern haben wir uns erlaubt, auch mit den Bestimmungen aus dem Submissionsdekret das Einladungsverfahren durchzuführen, ohne zuerst das Ausschreibungsverfahren zu machen. Es hätten sich vielleicht sechs gemeldet, aber bei der Auswahl hätte sich nichts geändert. Der Betrag hat es erlaubt, dass direkt das Einladungsverfahren gemacht wird. Es wurde keine Bestimmung der Submissionsverordnung verletzt.

Eugen Frunz: Wegen der unzureichenden Sorgfalt meinte ich nicht, dass Personen die Sachen beschädigen. Es ist mir mehr darum gegangen, dass am Morgen um 3.00 Uhr immer noch Licht brennt im OSOS.

Josef Sieber: Jetzt heisst es, es gibt nur ein Angebot. In der Vorlage heisst es, es gibt zwei Angebote. Es würde mich noch interessieren, im Annex ist ein anderes Produkt, aber man möchte jetzt Siemens und aus diesem Grund wird es jetzt herausgerissen und baut etwas Neues ein. Was ist dies für ein Produkt? Hätte man dies nicht überall anwenden können? Wir haben noch eine Zusammenstellung von Kosten, dort hat es eine Spalte Brutto und Netto. Wieso ist Netto höher als Brutto auf dieser Liste?

Luca Vedovato: Das System, welches im Annex eingebaut ist, erfüllt die Anforderungen nicht für die Steuerung im OSOS. Es könnte bestehen bleiben, würde dann separat laufen. Es wäre dann das einzige, welches noch anders wäre.

Felix Frischknecht: Dann ist es ein Problem des BUS-Systems?

Luca Vedovato: Das System kann schon mit einer Schnittstelle ins neue Programm integriert werden. Es macht für so eine kleine Anlage einfach keinen Sinn, dort noch Schnittstellen zu programmieren. Es ist trotzdem ein anderer Anbieter. Weil es so klein ist, wurde entschieden, dass dies auch noch in die Vorlage genommen wird. Es wäre technisch von der Schnittstelle möglich.

Walter Baumann: Wieso werden zwei Vorlagen gemacht. Es gibt die Steuerung und die Beleuchtung. Die Steuerung ist eine absolute Notwendigkeit, ohne Steuerung funktioniert dieses Haus von Jahr zu Jahr weniger. Es gibt keine Ersatzteile mehr.

Hansruedi Hess, Vizeammann: Zur Kostenzusammenstellung. Sie ist wirklich ein bisschen verwirlich. Brutto ist ohne MwSt und Netto ist inkl. MwSt.

Luca Vedovato: Dies kann noch mit allfälligen Rabatten zusammenhängen.

Bettina Lutz Güttler, Präsidentin: Vielleicht sollte noch Herr Siegenthaler Einsitz nehmen, der sich im Moment als Zuschauer im Raum befindet.

Peter Siegenthaler, Leiter Hochbau: Brutto ist das was die Unternehmer rechnen in der Offerte. Danach kommt die MwSt dazu und der Rabatt und der Skonto werden vom Bruttobetrag noch abgezogen.

Josef Sieber: Dann ist die MwSt höher als der Rabatt.

Peter Siegenthaler, Leiter Hochbau: Dies ist möglich.

Josef Sieber: Die dritte Frage die ich noch gestellt habe ist noch nicht beantwortet. Hatten wir zwei Anbieter oder nur einen?

Hansruedi Hess, Vizeammann: Es wurden fünf Anbieter eingeladen, zwei Offerten sind eingegangen. Eine davon ist brauchbar. Die zweite Offerte musste zurückgewiesen werden. Wegen den fehlenden Chancen hatte die Firma keine weiteren Berechnungen vorgenommen. Der Anbieter hatte offiziell geschrieben, er verzichte auf eine weitere Bearbeitung der Unterlagen. Er sei dankbar, wenn er bei einer anderen Gelegenheit wieder berücksichtigt werde.

—
Keine weiteren Wortmeldungen.
—

Abstimmungen

Rückweisungsantrag der SP/Grünen: Das Traktandum 5 sei zurückzuweisen. Dieser Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt.

Antrag des Gemeinderates: Für den Ersatz der Gebäude-Steueranlage (MSR) wird ein Kredit von CHF 800'000 genehmigt. Dieser Antrag wird mehrheitlich angenommen.

Die Genehmigung unterliegt dem fakultativen Referendum.

6 2012.38 Breitenstrasse, Nussbaumen; Strassen- und Werkleitungssanierung, Projekt und Kredit von CHF 516'000

Eintreten wird nicht bestritten.
—

Franziska Grab, Gemeinderätin: Der Zustand ist gemäss neuem Strassenspiegel eine der schlechtesten Strassen in Obersiggenthal. Die Untersuchungen am Belag haben gezeigt, dass der Strassenbelag dünn ist und dass darunter stellenweise kein Kieskoffer vorhanden ist. Die Kanalisation entspricht nicht mehr den gesetzlichen Bestimmungen. Die Wasserleitung ist mit einem Durchmesser von 100 mm zu wenig, damit der Lösenschutz noch gewährleistet werden kann. Somit muss die ganze Wasserleitung durch eine grössere ersetzt werden. Gleichzeitig müssen auch die alten Hydranten ausgewechselt werden.

195 m der Strasse werden voll ausgebaut, 99 m müssen bei der Kanalisation mit dem Inlineverfahren geflickt werden und 90 m der Kanalisation werden mit einem Roboter repariert. Bei der Wasserleitung müssen die ganzen 190 m ersetzt werden.

Die Kosten sind für den Strassenbau auf CHF 230'000 gerechnet. Wenn eine Strasse so saniert wird, werden auch gleich die Strassenleuchten durch LED-Leuchten ersetzt, dies sind Kosten von CHF 29'000. Die Kosten für die Kanalisation beträgt CHF 95'000 und das Wasser macht einen Betrag von CHF 162'000 aus. Dies ergibt Gesamtrealisierungskosten von CHF 516'000. Terminlich wäre geplant, im März 2013 zu beginnen. Somit sollte die Strasse im Oktober fertig saniert sein, bevor der Schnee kommt. Selbstverständlich ist dies eine Quartierstrasse und keine stark befahrene Strasse.

Brigitte Schmid: Ich habe noch eine Verständnisfrage. Es heisst, dass die Regionalwerke wie EGS, Swisscom usw. auch gleich sanieren möchten. Kommt dann von diesem Betrag noch ein Teil weg oder sind dies die Kosten für die Gemeinde?

Franziska Grab, Gemeinderätin: Wir müssen mit diesem Betrag rechnen. Der Betrag für die Werke sind bereits abgezogen.

Armin Schmid: Die Vergrösserung der Wasserleitung und die Sanierung der Kanalisation sind dringend nötig. Auch private Werke haben Bedarf, ihre Infrastrukturen zu erneuern. Wir begrüessen, dass der Quartiercharakter der Strasse weiter beibehalten wird. Die SVP-Fraktion stimmt dieser Vorlage zu.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Antrag des Gemeinderates: Das Projekt für die Strassen- und Werkleitungssanierung an der Breitenstrasse in Nussbaumen wird genehmigt und hierfür ein Kredit von CHF 516'000, brutto inkl. MwSt., Preisstand August 2012, bewilligt. Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

Die Genehmigung unterliegt dem fakultativen Referendum.

7 2012.39 **Hallen- und Gartenbad Obersiggenthal: Abschluss Sanierungskonzept 1999 und Initiierung des neuen Sanierungskonzepts 2015**

Eintreten wird nicht bestritten.

Franziska Grab, Gemeinderätin: Im Jahr 1999 hat der Einwohnerrat und das Volk, dem Sanierungskonzept zugestimmt. In den letzten 13 Jahren wurde das Konzept stückweise umgesetzt. Die Zielvorgabe war, dass die Sanierung gemacht wird, um den Wert zu erhalten. Aus diesem Grund wurden immer erst Sanierungen ausgeführt, wenn es notwendig war. Zwischenzeitlich ist die Anlage auch gealtert, so dass in diesem Konzept auch weitere sanierungsbedürftige Bauteile dazu kamen. Der Überblick ging langsam verloren mit den zusätzlichen Bauteilen. Aus diesem Grund möchte der Gemeinderat dieses Konzept beenden und abrechnen. Es sind noch zwei Etappen, die bereits bewilligt sind und noch dieses Jahr umgesetzt werden.

Beim Sanierungskonzept 2015 sind die Sachen enthalten, welche vom Konzept 1999 noch nicht realisiert wurden. Das einzige was nicht vom Konzept 1999 stammt, ist der Eingangsbereich und die Aussengarderoben mit CHF 500'000, welche saniert werden sollten. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass der Zustand nicht mehr zeitgemäss ist und es zulässt, dies im Sanierungskonzept 2015 aufzunehmen. Es gibt somit eine Gesamtsumme von CHF 3,15 Mio. für die Sanierung.

Die Schwimmbadgenossenschaft möchte gerne wissen, wie es mit dem Schwimmbad weiter geht. Muss weiterhin einfach Werterhaltung gemacht werden oder wird modernisiert? Unter Modernisierung versteht die Schwimmbadgenossenschaft nicht eine Rutschbahn zu bauen, sondern neue Garderobenschränke, da diese nicht mehr zeitgemäss sind, weil von aussen sichtbar ist, was sich im Schrank befindet. Die Bänke werden abgehobelt und neu gestrichen, es wäre aber schön, einmal die ganze Garderobe zu renovieren. Auch ein schöner Kinderspielplatz wäre etwas, das zeitgemäss wäre. Der Vorplatz mit den Veloständern möchte die Schwimmbadgenossenschaft auch gerne erneuern. Unter Attraktivitätssteigerung ver-

steht die Genossenschaft eine Sauna im Aussenbereich. Es ist gut möglich, eine Saunalandschaft auf dem Dach zu machen. Das würde evtl. mehr Personen ins Schwimmbad locken, die nicht wegen dem Schwimmen kommen, sondern weil es eine schöne Sauna hat. Oder auch der Witterungsschutz beim Restaurant. Der jetzige Restaurantbetreiber macht im Sommer jeweils Events, die er auch durchführen möchte, wenn es regnet. Er hat jetzt einfach jeweils sein eigenes Festzelt auf die Terrasse gestellt, was ästhetisch nicht schön ist, wenn die Badegäste kommen. Es ist aber verständlich, dass der Pächter seine Einnahmen gerne hätte.

Ich möchte gerne vom Einwohnerrat hören, was er sich vorstellt, wie es mit dem Schwimmbad weitergehen soll. Ich bitte den Einwohnerrat, dem Antrag 3 zuzustimmen, damit ein Konzept für eine Modernisierung erarbeitet werden kann. Es wird ja noch kein Geld ausgegeben, der Einwohnerrat kann anschliessend immer noch sagen, was er von diesem Konzept umsetzen möchte und was nicht.

Ferdinand Senn: Die CVP-Fraktion hat sich mit diesem Traktandum sehr intensiv auseinander gesetzt. Es geht ja vor allem darum, dass das Bad attraktiver gestaltet werden sollte. Die CVP-Fraktion ist mehrheitlich dafür, dass nur die Substanzerhaltung gemacht werden soll. Investitionen welche in Richtung Attraktivität gehen, sind sehr teuer. Die CVP-Fraktion ist der Meinung, dass die Investitionskosten nicht mit den Mehreintritten kompensiert werden können. Die Fraktion ist der Meinung, dass bereits heute ein attraktives Bad besteht. Wir möchten den Wettbewerb mit anderen Bädern in der Region nicht mitmachen. In der vorliegenden Vorlage wird aufgezeigt, dass auch aus dem Sanierungskonzept 1999 noch Massnahmen im Umfang von CHF 2.6 Mio. in nächster Zeit saniert werden müssen. Der Eingangsbereich und die Aussengarderoben von CHF 500'000, welche ebenfalls aufgeführt sind, haben nichts mit dem Sanierungskonzept 1999 zu tun, sondern sind Modernisierungskosten, welche das Bad wieder attraktiver machen. Aus diesem Grund ist die Fraktion der Meinung, dass wie folgt abgestimmt werden soll. Dem Antrag 1 wird zugestimmt. Dem Antrag 2 ist ohne die CHF 500'000 für den Eingangsbereich und die Aussengarderoben zuzustimmen. Der Antrag lautet wie folgt: Das Sanierungskonzept 2015 wird ohne Position Sanierung Eingangsbereich und Aussengarderoben zur Kenntnis genommen. Der Gemeinderat wird beauftragt, die einzelnen Bauprojekte zu bearbeiten und dem Einwohnerrat vorzulegen.

Wie weit steht es mit der Sanierung der Wohnung? Ab wann kann diese vermietet werden?

Franziska Grab, Gemeinderätin: Das Dach wurde saniert und die Wohnung konnte ausgetrocknet werden. Jetzt folgen die Ausschreibungen für die Innensanierung. Das Ziel wäre gewesen, auf den 1. April 2013 zu vermieten, es wird aber eher Mai, bis die Wohnung fertig ist.

Ursula Spinnler: Die FDP-Fraktion nimmt den Abschluss des Sanierungskonzepts 1999 und das neue Sanierungskonzept 2015 zur Kenntnis. Einer Modernisierung des Hallen- und Gartenbades stimmen wir insofern zu, dass nur Arbeiten ausgeführt werden sollen, die der Werterhaltung des Bades dienen. So z. B. eine Überholung des Eingangs- und Garderobenbereichs. Die Minigolfanlage, welche wir nicht als attraktiv anschauen, soll nicht modernisiert oder ausgebaut werden. Wir wären sogar eher für eine Schliessung dieser Anlage. Auch will die FDP-Fraktion kein Erlebnisbad und keine Konkurrenz zum geplanten Bottabad in Baden. Alle Modernisierungen, gleich welcher Art, können das Betriebsdefizit nicht schmälern. Einer Saisonverlängerung stimmen wir nicht zu, die bräuchte unverhältnismässig viel Energie und dafür steht ein Hallenbad zur Verfügung. Im Hallenbad hätten wir aber gerne für Familien mit Kindern auf der Ebene des Bassins ein paar Tische mit einem Selbstbedienungskaffee. Das Kaffee im Erdgeschossbereich ist alles andere als attraktiv und für den Aufenthalt während des Bades mit nassen Badekleidern absolut ungeeignet. Zudem soll weiterhin grosser Wert darauf gelegt werden, dass unser Bad sauber und hygienisch ist. Wir haben noch eine Anregung, könnte man nicht zwei Stunden vor Schliessung des Bades die Eintrittspreise reduzieren? Dies würde sicher noch Personen nach der Arbeit zu einem Besuch ins Bad einladen.

Ursula Haag: Dem Antrag des Gemeinderates für den Abschluss des Sanierungskonzeptes 1999 und des neuen Sanierungskonzeptes 2015 kann die SVP-Fraktion zustimmen. Es ist sinnvoll,

dass darunter ein Schlussstrich gezogen wird und das neue Konzept in Angriff genommen wird. Dem dritten Antrag zur Modernisierung vom Hallen- und Gartenbad können wir nur unter Vorbehalt zustimmen. Wir stellen den Antrag auf eine moderate Modernisierung. In diesem Bereich stellen wir uns folgende Projekte vor: Ein neues Ticketsystem und die Überdachung des Restaurants und der Terrasse. Diese Projekte sollten dann aber bei einer allfälligen Bewilligung rasch realisiert werden. Es ist ja bekannt, dass die investierten Kosten für jede Modernisierung aufgrund von Mehreintritten nie ausgeglichen werden kann. Wir sind überzeugt, dass eine sanfte Modernisierung sicher angebracht ist. Aus diesem Grund stellen wir den Antrag, der Einwohnerrat stimmt einer moderaten Modernisierung des Hallen- und Gartenbades zu und beauftragt den Gemeinderat die Prioritäten in einem Konzept dem Einwohnerrat zu unterbreiten.

Peter Stucki: Die Fraktion SP/Grünen Obersiggenthal stimmt den Anträgen 1 und 2 vom Gemeinderat zu und lehnt den Antrag 3 ab. Die bis jetzt vorgeschlagenen Entwicklungsmassnahmen kosten viel und bringen nichts. Die grösste Attraktivität ist und bleibt das schöne Wetter. Bei Sonnenschein und 30 Grad im Schatten fragt niemand, wie der Schrank in der Garderobe aussieht, die Leute kommen, so wie dies im Jahre 2003 der Fall war, mit über 8'000 Eintritten. Wir möchten gerne unsere Badi bewahren mit werterhaltenden Massnahmen, damit eine funktionsfähige, moderne und saubere Badi mit freundlichem Personal bestehen bleibt.

Peter Frey: Bis jetzt ist das Bad für CHF 6.2 Mio. saniert worden, weitere CHF 3.1 Mio. sind zu erwarten bis 2015. Dies ist anscheinend eine Realität, mit der wir leben müssen. Auch die EVP-Fraktion ist der Meinung, dass Attraktivitätssteigerungen bei unseren wechselhaften Sommermonaten nicht so viel Geld in die Kasse spülen, das dies etwas bringt. Auch finden wir, dass die Konkurrenz der vielen Bäder in der Region so gross ist, dass Attraktivitätssteigerungen einfach nicht mehr Geld bringen würden. Wir sind für eine sanfte Modernisierung. Für uns ist auch der Posten des Eingangsbereichs mit CHF 500'000 sehr hoch angesetzt. Wir finden, dass auch dort nur das Notwendigste umgesetzt werden soll. Wir werden die kommende Projektvorlage sehr genau unter die Lupe nehmen, was dort alles enthalten ist.

Linus Egger: Ich schaue es als meine Aufgabe an, als Finanzkommissionspräsident, Sie darauf aufmerksam zu machen, was der Antrag 2 für Auswirkungen hat auf den Investitionsplan. Von diesen CHF 3.1 Mio. sind rund die Hälfte im Investitionsplan enthalten. Es hat somit Auswirkungen auf den Finanz- und Investitionsplan, welcher erst vor 1.5 Monaten zur Kenntnis genommen wurde.

Franziska Grab, Gemeinderätin: Es ist klar, das ganze Konzept wird nicht in 1-2 Jahren umgesetzt, sondern es wird nur das gemacht, was wirklich notwendig ist. Es betrifft dies das Flachdach und die Fensterfronten, welche dringend gemacht werden müssen. Die anderen Sachen werden wie bis anhin erst dann gemacht, wenn diese notwendig ist.

Ich möchte noch etwas zur Attraktivierung sagen, die im Einwohnerrat jetzt diskutiert wird. Es wird nicht von einer Attraktivierung gesprochen sondern von einer Modernisierung. Wir wollen keine Minigolfanlage ausbauen. Eher das Gegenteil ist der Fall, wenn die Aussengarderober gemacht werden, würde diese entfernt werden. Ein zeitgemässes Eintrittssystem wäre auch angebracht. Ich denke, jeder in diesem Raum geht gerne in ein Schwimmbad, wo es angenehm ist wenn man das Gebäude betritt. Man möchte eine moderate Modernisierung der Anlage, dass sie einfach instand gehalten wird. Wir möchten, dass sich die Gäste wohl fühlen.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungen

Antrag 1

Sie haben diesen Antrag offensichtlich zur Kenntnis genommen.

Antrag 2

Antrag der CVP: Das neue Sanierungskonzept 2015 wird ohne Position Sanierung Eingangsbereich/Aussengarderoben zur Kenntnis genommen. Der Gemeinderat wird beauftragt, die einzelnen Bauprojekte zu bearbeiten und dem Einwohnerrat vorzulegen.

wird dem

Antrag des Gemeinderates: Das neue Sanierungskonzept 2015 wird zur Kenntnis genommen. Der Gemeinderat wird beauftragt, die einzelnen Bauprojekte zu bearbeiten und dem Einwohnerrat vorzulegen.

gegenübergestellt.

Der Antrag des Gemeinderates wird mehrheitlich angenommen.

Antrag des Gemeinderates: Das neue Sanierungskonzept 2015 wird zur Kenntnis genommen. Der Gemeinderat wird beauftragt, die einzelnen Bauprojekte zu bearbeiten und dem Einwohnerrat vorzulegen.

Der Antrag des Gemeinderates wird einstimmig angenommen.

Antrag 3

Antrag der SVP: Der Einwohnerrat stimmt einer moderaten Modernisierung des Hallen- und Gartenbades zu und beauftragt den Gemeinderat die Prioritäten in einem Konzept dem Einwohnerrat zu unterbreiten.

wird dem

Antrag des Gemeinderates: Der Einwohnerrat stimmt einer Modernisierung des Hallen- und Gartenbades zu und beauftragt den Gemeinderat die Prioritäten in einem Konzept dem Einwohnerrat zu unterbreiten.

Der Antrag der SVP wird mehrheitlich angenommen.

Antrag der SVP: Der Einwohnerrat stimmt einer moderaten Modernisierung des Hallen- und Gartenbades zu und beauftragt den Gemeinderat, die Prioritäten in einem Konzept dem Einwohnerrat zu unterbreiten.

Der Antrag der SVP wird mehrheitlich angenommen.

Die Genehmigung unterliegt dem fakultativen Referendum.

8	Kreditabrechnungen
2011.22	Erwerb Liegenschaft Kirchweg 70 (Goldiland)
2011.03	Automatische Trefferanzeige Schiessstand Ebne
2010.31	Hallen- und Gartenbad; Projektierungskredit Sanierung 4. Etappe
2010.28	Erweiterung Betriebsamt Siggenthal-Ennetbaden
2009.155	Nuechtalstrasse, Nussbaumen: Strassen-, Wasserleitungs- und Kanalisationsanierung;
2011.14	Belagserneuerung Feldstrasse
2011.41	Lärmsanierungsprojekt Landstrasse K114

Eintreten wird nicht bestritten.

Bettina Lutz Güttler: Der Präsident der Finanzkommission verzichtet vorläufig auf eine Stellungnahme.

Franziska Grab, Gemeinderätin: Die Finanzkommission hatte noch eine Erläuterung zur Sanierung Nuechtalstrasse gewünscht. Wegen der etappierten Bauausführung aufgrund der vielen Werkleitungsräben dauerte der Ausbau des Knotens Hombergstrasse/ Nuechtalstrasse/Hertensteinstrasse erheblich länger als angenommen. Während der ganzen Zeit war der Einsatz eines Verkehrsdienstes auf der Kantonsstrasse erforderlich. Das war sehr teuer. Die vom Kanton geforderten ME-Messungen (= Bodenpressung auf der Planie, vor dem Belagseinbau) auf der K427 waren im KV nicht berücksichtigt. Die Vortrittsmarkierungen (Haifischzähne) waren im Projekt nicht vorgesehen, da diese bei Trottoirüberfahrten verkehrsrechtlich gar nicht notwendig wären. Weil diese Rechtssituation vielen Automobilisten nicht bekannt ist, wurden die Markierungen trotzdem erstellt. Durch die Bauarbeiten wurde die Parkplatzmarkierung beim Blumenladen derangiert, sie musste erneuert werden.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Antrag des Gemeinderates: Die Kreditabrechnung für den Erwerb der Liegenschaft Kirchweg 70 über brutto CHF 1'356'866 wird genehmigt.

Der Antrag wird einstimmig **angenommen**.

Die Genehmigung unterliegt dem fakultativen Referendum.

Antrag des Gemeinderates: Die Kreditabrechnung für die Sanierung der bestehenden elektronischen Trefferanzeige über brutto CHF 260'117.55 wird genehmigt.

Der Antrag wird einstimmig **angenommen**.

Die Genehmigung unterliegt dem fakultativen Referendum.

Antrag des Gemeinderates: Die Kreditabrechnung für die Überprüfung des Konzepts 1999 (4. Etappe) im Hallen- und Gartenbad über brutto CHF 136'560.85 wird genehmigt.

Der Antrag wird einstimmig **angenommen**.

Die Genehmigung unterliegt dem fakultativen Referendum.

Antrag des Gemeinderates: Die Kreditabrechnung für die Erweiterung des Betriebsamtes über brutto CHF 308'143.35 wird genehmigt.

Der Antrag wird einstimmig **angenommen**.

Die Genehmigung unterliegt dem fakultativen Referendum.

Antrag des Gemeinderates: Die Kreditabrechnung für die Sanierung der Nuechtalstrasse (Strasse, Wasser und Kanalisation) über brutto CHF 726'793.60 wird genehmigt.

Der Antrag wird einstimmig **angenommen**.

Die Genehmigung unterliegt dem fakultativen Referendum.

Antrag des Gemeinderates: Die Kreditabrechnung für die Behebung von Belagschäden an der Feldstrasse über brutto CHF 81'419.20 wird genehmigt.

Der Antrag wird einstimmig **angenommen**.

Die Genehmigung unterliegt dem fakultativen Referendum.

Antrag des Gemeinderates: Die Kreditabrechnung für das Lärmsanierungsprojekt K114 über CHF 1'037'331.80 wird genehmigt.

Der Antrag wird einstimmig **angenommen**.

Die Genehmigung unterliegt dem fakultativen Referendum.

9 2012.34 Postulat Ueli Zulauf; Stellung des Gemeinderates zum Baldeggtunnel

Eintreten wird nicht bestritten.

Bettina Lutz Güttler, Präsidentin: Der Gemeinderat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Ich verweise noch auf die Pressemitteilung und den Brief an den Regierungsrat, die Sie auf ihrem Tisch vorfinden.

Ueli Zulauf: Angesichts der Tatsache, dass es schon ziemlich spät ist, verzichte ich die Diskussion zu verlangen. Ich gehe davon aus, dass die Überweisung des Postulates unbestritten ist und erwarte, dass sobald das Postulat beantwortet wird, ausführlich über das Thema diskutiert wird. Ich erwarte dann aber auch eine sehr klare Antwort des Gemeinderates.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Antrag des Gemeinderates: Das Postulat von Ueli Zulauf betreffend Stellungnahme des Gemeinderates zum Baldeggtunnel soll dem Gemeinderat überwiesen werden.

Der Antrag wird mit einstimmig **angenommen**.

10 2012.40 Umfrage

Bettina Lutz Güttler, Präsidentin: Sie haben die Terminliste für das Jahr 2013 erhalten, gibt es Bemerkungen? Dies ist nicht der Fall. Weiter haben Sie ein Biberli erhalten von der Stiftung Insieme, das ist unwissenderweise von der Vorsitzenden offeriert.

Dieter Martin: Bei der alten Landstrasse in Rieden gibt es neuerdings eine Bushaltestelle und vis-à-vis beim blauen Gebäude gibt es auch eine Bushaltestelle Richtung Ennetbaden. Auf dieser Seite hat es allerdings kein Trottoir. Es wurde festgestellt, dass dies sehr gefährlich ist, da auch kein Fussgängerstreifen vorhanden ist. Ich möchte den Gemeinderat anregen, dass dort bald ein Fussgängerstreifen gemacht wird. Wenn Sie aus dem Bus aussteigen, stehen Sie auf der Strasse.

Max Läng, Gemeindeammann: Den Wunsch hörte ich schon, er wird aber vom Kanton nicht erhört. Der Kanton stellt sich auf den Standpunkt, es wird nur ein Fussgängerstreifen aufgemalt, wenn eine gewisse Frequenz vorhanden ist. Es wird von einer Zahl von mindestens 200 Personen gesprochen. Dies wird an dieser Stelle nicht erreicht. Das Thema wurde bei der Realisierung der Bushaltestelle mit dem Kanton angeschaut.

André Kummer: Ich komme wieder einmal mit der Problematik Abfall. Ich bin von einzelnen Personen angefragt worden, ob es nicht besser wäre, bei jeder Sitzbank einen Abfallkübel zu platzieren. Erstens macht der zunehmende Abfall auf und neben den Sitzbänken einen schlechten Eindruck und die Personen haben nicht gerne fremden Abfall in ihren Gärten, welcher noch auf eigene Kosten entsorgt werden muss.

Max Läng, Gemeindeammann: Wollen wir jetzt sparen oder viel Geld ausgeben? Wir sind der Auffassung, dass dort, wo der Bedarf vorhanden ist im öffentlichen Raum, Abfallbehälter zur Verfügung stehen sollte. Dies hat aber Grenzen. Wir haben uns für ein Modell entschieden, das relativ teuer ist. So ein Abfallkübel kostet rund CHF 6'000. Es muss ein Modell gewählt werden, wo kein Hausabfall entsorgt werden kann, sondern nur ein Schlitz aufweist. Es ist nicht möglich, dass bei jeder Sitzbank ein Abfallkübel aufgestellt wird.

André Kummer: Ich habe auch so argumentiert bei den Personen. Aber ich begreife die Situation dieser Leute auch. Von einem Fall weiss ich, der sammelt den Abfall im Garten ein und legt ihn wieder auf die Sitzbank. Das ist auch nicht die Lösung.

Dieter Martin: Ich bin mit der Antwort von Max Läng nicht ganz einverstanden. Ich sehe dort Personen mit einem Rollator über die Strasse laufen und ich finde es einfach nicht in Ordnung, dass der Kanton nein sagt. Dann würde ich einfach nochmals insistieren. Es muss so lange gehen, bis jemand angefahren wird.

Linus Egger: Wir haben eine Arbeitsgruppe eingesetzt, um festzustellen wie viele Schulräume in Zukunft gebraucht werden. Bis wann kann mit einer Antwort gerechnet werden?

Marie-Louise Nussbaumer, Gemeinderätin: Ursprünglich sind wir davon ausgegangen, dass wir in der Märzsession das Konzept vorlegen könnten. Ich bin mir nicht sicher, ob wir dies schaffen. Wir möchten dem Einwohnerrat eine Auslegeordnung vorlegen und einen Antrag für eine externe Begleitung, welche der Gemeinde Obersiggenthal eine Vorlage ausarbeitet, die in etwa heissen soll "Obersiggenthaler Schulraumbedarf 2022". Wie viel Raum wo gebraucht wird und was für Anpassungen in den bestehenden Anlagen gemacht werden müssen. Es musste eine zweite Offerte eingeholt werden. Nächste Woche werden diese beiden Offerten angeschaut.

Ueli Zulauf: Ich würde gerne nochmals eine Bemerkung anbringen, zu unserem Votum bei den Einbürgerungen. Peter Stucki hat im Namen der SP/Grünen-Fraktion zwei Sachen angesprochen. Er hat einerseits eine politische Zuschreibung gemacht von Personen die involviert waren. Dies hat er in seinem persönlichen Namen gemacht, dies war nicht abgesprochen in der Fraktion.

Der zweite Punkt, das ist das Wichtigste, da geht es um den Dienstweg bei der Erhebung von Informationen im Einbürgerungsverfahren. Dort gibt es offensichtlich ein Malaise. Ich bitte den Gemeinderat und die Schulpflege, dass diesem Malaise Abhilfe geschafft wird. Es sollte Klarheit geschafft werden, wie der Dienstweg genau ist. Das ist unser zentrales Anliegen der SP/Grünen-Fraktion.

Ich möchte auch noch ein Missverständnis ausräumen. Es geht nicht darum, dass kritische Bemerkungen unter den Tisch gewischt werden. Die Gesetzesparagrafen, welche Peter Stucki zitiert hat, die sind gültig. Wenn die Berichte auf dem Dienstweg eingeholt werden, sind selbstverständlich kritische Bemerkungen erlaubt und absolut notwendig.

Peter Frey: Ich habe heute meine letzte Sitzung im Rat verbringen dürfen. Es war für mich eine sehr spannende Zeit gewesen. Ich danke allen Ratsmitgliedern für die sachlichen Beiträge und was ich durch diese lernen konnte.

Bettina Lutz Güttler, Präsidentin: Die Verabschiedung von Peter Frey wird im nächsten Jahr stattfinden, lässt der Gemeindeammann ausrichten. Wenn keine weiteren Fragen mehr sind, schliesse ich die Einwohnerratsitzung. Ich wünsche allen schöne Weihnachten und einen guten Rutsch ins Neue Jahr. Der Treffpunkt nach der Sitzung ist das Restaurant Haldengut.

Die Präsidentin:

Bettina Lutz Güttler

Die Protokollführerin:

Romana Giandico-Hächler